ROTE ANNELIESE

Nr. 177 / Mai 2003 Fr. 6.–

Subventionen für marode Arnold AG

ILLEGAL!

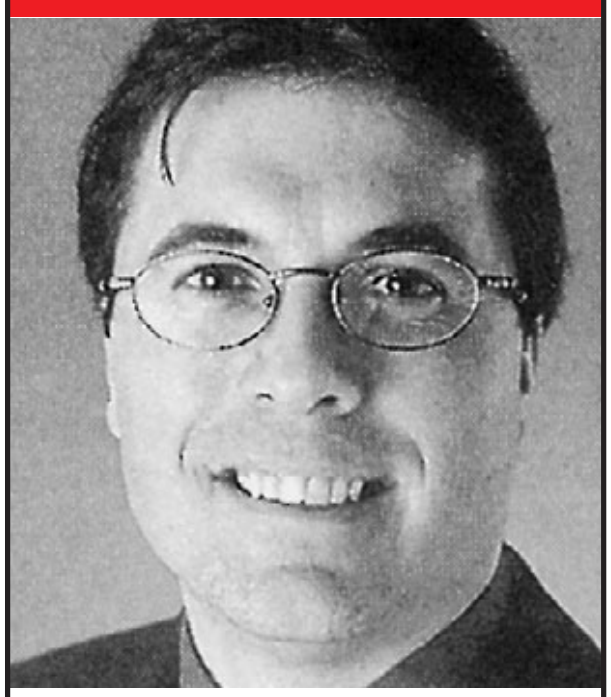
Seite 4

Lonza-Ebner

800 000.– zum Abgang?

Seite 12

Spar-Rambo Cina:



Jetzt geht's uns allen an den Kragen

Seite 3

30 Jahre Rote Anneliese

- Berufsverbote
- Überwachungen
- Leukerbad

Seite 8–11

Irak-Demo: Claude Roch hatte die Hosen voll!

Seite 20

Nur die Spitze des Eisberges?

Die CSPO behauptet: Im Fall der Arnold AG sei die Schaffung von Arbeitsplätzen «keine ausdrückliche Bedingung für die Unterstützung gewesen.» Im Klartext: Die CSPO ist der Meinung, der Kanton könne Steuergelder verteilen, ohne diese Subventionen an die gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen zu knüpfen, namentlich die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Innovationsförderung und die Strukturanpassung. Im Fall der Arnold AG kann nicht von Innovationsförderung gesprochen werden und statt der erforderlichen Strukturanpassung stehen vielmehr die Marktverfälschung, die Strukturerhaltung und der Versuch der indirekten Sanierung der maroden Firma im Vordergrund.

«Wenn diese Art der Förderung legal ist, dann muss die Wirtschaftsförderung des Kantons wirklich ernsthaft hinterfragt werden,» stellt sogar die CVPO auf Druck von konkurrierenden Bauunternehmern fest. Wie die RA in dieser Ausgabe zeigt, entspricht diese Art der Wirtschaftsförderung nicht den gesetzlichen Vorschriften und ist folglich illegal. Zudem behaupten Insider des Baugewerbes, die Gelder der Wirtschaftsförderung flössen einseitig in die gelben Kanäle und der Fall Inderkummen sei nur die Spitze des Eisberges. Jetzt muss das Finanzinspektorat die gesamte Wirtschaftsförderung unter die Lupe nehmen. Und aufgrund der Ergebnisse des Finanzinspektorates, aber auch des kantonalen Untersuchungsrichters, muss der Staatsrat die kantonale Wirtschaftsförderung zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zwingen.

Kurt Marti

Hans Hutter on Tour

Ja, ist denn schon Wahlkampf? Ja, meint der schwarze Nationalratskandidat Hans Hutter. Anfangs April pilgerte er mit der RZ-Leserreise nach Zürich-Leutschenbach, «um bei der TV-Arena reinzuschauen». Ganz der gewichtige Politiker eben. Tipp für den weiteren Wahlkampf: Wenn der WB seine Leser auf seiner Leserreise in den Musikantenstadel entführt, dann unbedingt mitfahren. Erstens nimmt das eigene Hausblatt den Treuebruch nicht mehr so schwer und zweitens: Auch da kann man Wählerstimmen «moiken», äh melken...

Tony Jossen: Demo-Trauma

Tony Jossen, gelber Teamleiter in Naters und Handelslehrer an der Oberwalliser Handelsmittelschule des Instituts hat seit der Briger Demo gegen den Irakkrieg ein Trauma. Nicht etwa wegen des Golfkriegssyndroms, nein, Demonstranten hatten seinen Renault mit kreidenen Peace-Zeichen verunstaltet! Der jugendliche Demoveranstalter staunte nicht schlecht, als er plötzlich von Jossen eine fette Carrosserie-Rechnung über knapp 200 Franken erhielt. Er sei allerdings gezwungen, den Rechtsweg zu beschreiten und auch die Lackierung (1000 Fr. Offerte) vorzunehmen, wenn der Betrag nicht termingerecht bis Ende Monat bezahlt werde. Hoffentlich schickt Jossen nicht auch noch die Parkbusse an den armen Kollegiumsschüler: Schliesslich stand sein Auto mal wieder im Halteverbot...

Gelbe Wirtschaftsförderung

«Die CSPO befasste sich in den letzten Jahren wiederholt mit Fragen der Wirtschaftsförderung», ausserdem habe man sich schon früh für eine Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung ausgesprochen und konkrete Massnahmen verlangt: So tönten die Gelben im Rückblick zur Märzsession. Pikant nur: In derselben Session befasste sich der Grosse Rat intensiv mit der Arnold AG und deren eigenwillige Auslegung in Sachen Wirtschaftsförderung. Eins muss man den Gelben zugestehen:
Die eigene Wirtschaft fördern, das können sie.

CSPO: «Isch mini Idee gsi!»

Hie und da fragt man sich, weshalb die CSPO ihr Infoteam nicht Des-Infoteam nennt. Im letzten Sessionsrückblick brüsteten sich die CSPler nämlich zur Frage, ob Arbeiter, die während der Woche im Bezirk wohnen, Kurtaxe zahlen müssen: «Die Leuker Abgeordneten Edith Inderkummen, Ignaz Imboden und Gilbert Loretan erkundigten sich zusammen mit anderen Leuker Grossräten über die Handhabung und Umsetzung des Inkassos der Kur- und Beherbergungstaxen». Blöd nur, dass eigentlich die Leuker SPO-Fraktionschefin Susanne Hugo-Lötscher die Frage eingereicht hatte und die Gelben ihren Vorstoss nur mitunterschreiben haben. Aber im Verkaufen fremder Ideen waren die Gelben immer schon Weltklasse!

Cina: Wo bitte ist die Kamera?

Bundespolitik wird in der Wandelhalle gemacht. Das weiss auch CVP-Fraktionschef Jean-Michel Cina. Ist irgendwo ein Interview mit einem Bundesparlamentarier im Gange, stellt sich Cina aufgeplustert daneben. Offensichtlich hält er sich für einen idealen Interview-Partner: Die CVP zeigt dank ihm wieder Biss (am Wahltag wohl in die orange CVP-Zahnbürste) und nur er hat das unwiderstehliche Pepsodent-Lächeln.

Impressum

Rote Anneliese
Auflage: 3000
Jugendabo: Fr. 20.–
Jahresabo: Fr. 40.–
Unterstützungsabo: 70.–
PC 19-8382-6

Redaktoren
Kurt Marti (ktm)
Cyrill Pinto (cp)
Patrick Zehner (pz)

Sekretariat
Ursula Schild

Freie MitarbeiterInnen
Hilar Eggel
Martina Schild

Agenda
Renata Werlen

Satz und Druck
S&Z Print AG, Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441, 3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

Inhalt

Cina: Gegen Randregion ▶ Seite 3
Arnold AG: Förderung illegal ▶ Seite 4
Gebäudeversicherung: Abklärung muss her! ▶ Seite 6
30 Jahre RA: Berufsverbote: Null Chancen für Linke ▶ Seite 8
Cinceras: Spion & Co ▶ Seite 10
Leukerbad: Die RA warnte früh ▶ Seite 11
Lonza-Ebner: 800'000 für eine Fliege? ▶ Seite 12
Cina: Strahlen fürs KEG ▶ Seite 13
Öffentlichkeitsgesetz: Das muss rein! ▶ Seite 13
Abstimmungen: Achtmal Ja, einmal Nein ▶ Seite 14
Argentinien: What future? ▶ Seite 15
Angela Davis: Unbequem ▶ Seite 16
Wohin frau/man geht ▶ Seite 18
Zi-Täter: Also wirklich! ▶ Seite 19
Irak-Demo: Hosen voll in Sitten ▶ Seite 20

Jean-Michel Cina in Bern:

Sparhammer gegen Randregion!

WALLIS/BERN – **In Bern wird zur Zeit mit der Abrissbirne politisiert: Schuldenbremse, Kreditsperre und Sparszenarien von 3,5 und 5 Milliarden Franken. Nun verlangt die Motion Walker sogar eine Rosskur von 7 Milliarden. Das geht dem Wallis ans Eingemachte. Mit gutem Grund wehren sich deshalb die Walliser Nationalräte gegen die Sparpläne. Ausnahmen: Charles-Albert Antille und Jean-Michel Cina, welcher stinkfrech behauptet: «Ich kenne die Schwierigkeiten der Randregionen!»**

VON PATRICK ZEHNER

«Ich freue mich, heute zum Thema Schwierigkeiten und Chancen von Randregionen zu sprechen. Als Walliser bin ich für dieses Thema besonders sensibilisiert», erklärt CVP-Fraktionschef Jean-Michel Cina Ende März anlässlich einer Pressekonferenz der Stiftung KMU-Schweiz. Keine zwei Wochen vorher unterstützte derselbe Cina die Motion Walker. Exil-Walliser Felix Walker (CVP) möchte nämlich das Wachstum der Staatsausgaben auf die Teuerung beschränken. Real sollen deshalb für die staatliche Aufgabenerfüllung keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stehen. Bis 2006 wären damit Einsparungen gegenüber dem aktuellen Finanzplan von jährlich wiederkehrend rund 7 Milliarden Franken erforderlich. Das geht den Randregionen ans Eingemachte!

«Unverhältnismässiger Abbau»

Schon das sogenannte Entlastungsprogramm von zwei Milliarden Franken sieht die Aussetzung des Mischindex bei der AHV vor: Das heisst weniger Rente. Bei den kollektiven Leistungen der IV: 100 Millionen weg, Forst 80 Millionen weniger, 70 Millionen weniger für die Verlagerung Strasse-Schiene. Nun also noch eine zusätzliche Aufstockung des Entlastungsprogramms von 2 auf 3,5 Milliarden. Das wird ohne einschneidende Abstriche nicht gehen! Und nun noch die 7 Milliarden-Rosskur. Cina unterstützt die Streichung eines Siebtels der Staatsaufgaben. Selbst das Eidgenössische Finanzdepartement schätzt: *«Der Abbau von Staatsleistungen im Umfang von 10 Prozent des Bruttovolumens würde einen sozial-, regional- und konjunkturpolitisch unverhältnismässigen Abbau bedeuten.»* Finanzminister Kaspar Villiger stösst ins gleiche Horn: *«3,5 Milliarden sind vielleicht realisierbar, ohne dass die Eidgenossenschaft untergeht.»* Sieben Milliarden Franken Einsparungen würden *«einen "gebremsten" Staat»* bedeuten. Dementsprechend wollen sich die Bürgerlichen nicht auf die Äste rauswagen, wo gespart werden soll. Stattdessen soll nun die Verwaltung mit Sparvorschlägen kommen. Werden nun die Sparvorschläge der economiesuisse aktuell?

«Perspektiven für ländlichen Raum»

«Das Ausgabenkonzept von economiesuisse ist eine wertvolle Grundlage», meinte jedenfalls Cinas Fraktionskollege und Motionär Walker an der CVP-Delegiertenversammlung im Januar. Deren Ausgabenkonzept vom Juni 2002 sollte allerdings jedem Politiker aus der Randregion die Haare zu Berge stehen lassen. Einsparen wollen die Herren überall: Kein Ausbau der Lehrerbestände, Abschaffung der Pauschalbeiträge an Bauten und Mieten im Rahmen des Neuen Finanzausgleichs (NFA), stärkerer Wettbewerb im Rahmen des NFA, Aufgabengebiete Landwirtschaft, Verkehr, soziale Wohlfahrt überprüfen. Bei den Krankenkassenprämien eine Erhöhung des Selbstbehalts auf 20%, Grundfranchise 600 Franken (heute 230 Franken), schrittweise Erhöhung des Rentenalters. Dran kommen soll natürlich vor allem das Berggebiet: So etwa keine Erneuerung der Investitionshilfe in Berggebieten, im Regionalverkehr eine schrittweise Reduktion der Bundesleistungen, bedarfsgerechte Grundversorgung im Regionalverkehr, Abschaffung der Beiträge für den Autoverlad, keine staatliche Finanzierung von Darlehen, Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen an Unternehmen im Berggebiet, Bekämpfung von Bundessubventionen zur Erhaltung des Poststellennetzes. *«Politik muss Perspektiven für den ländlichen Raum schaffen»*, erklärte Cina nach seinem regionalpolitischen Sündenfall. Schöne Aussichten, Herr Cina!

Jean-Michel Cina politisiert mit der Abrissbirne:
Einsparungen von 7 Milliarden Franken werden das Wallis hart treffen.

Subventionen für die marode Arnold AG sind illegal

Gelbe Wirtschaftsförderung jenseits der gesetzlichen Vorschriften!

SITTEN/SUSTEN – **Die Subventionierung der maroden Baufirma Arnold AG des Leuker Vize-Präfekten Paul Inderkummen zeigt, dass die kantonale Wirtschaftsförderung sich nicht an die gesetzlichen Vorschriften hält! Trotzdem erteilte ihr die Geschäftsprüfungskommission (GPK) unter dem Präsidium der CVPO-Grossrätin Edith Nanzer den Persilschein. Jetzt haben der kantonale Untersuchungsrichter und das Finanzinspektorat das Wort.**

VON KURT MARTI

«Die GPK kommt zum Schluss, dass das Departement gesetzeskonform gehandelt hat.» Dieser Satz steht am Schluss des Berichtes der grossrätlichen Geschäftsprüfungskommission (GPK), welche den Auftrag gehabt hätte, die Rechtmässigkeit der Subventionen an die Firma Arnold AG abzuklären. Angesichts der vorliegenden Fakten und der gesetzlichen Grundlagen der kantonalen Wirtschaftsförderung bekam selbst die CVPO-Fraktion ob solchen Behauptungen weiche Knie und forderte im WB, das Finanzinspektorat solle den Fall genauer unter die Lupe nehmen. Ein klares Misstrauensvotum gegen die GPK unter dem Präsidium der CVPO-Grossrätin Edith Nanzer.

Die *Rote Anneliese* hat dem Chef der kantonalen Wirtschaftsförderung François Seppey fünf konkrete Fragen zur Rechtmässigkeit der Wirtschaftsförderung an die Arnold AG gestellt. Seppey verweigerte eine Antwort mit den Worten: *«Alle Ihre Fragen finden ihre Antwort im Bericht der GPK.»* Seppey hat allen Grund, schweigsam zu sein, denn die folgenden Punkte zeigen: Solche Subventionen sind illegal!

1. Verstoss: Keine Spur von Innovation

Das kantonale Gesetz über die Wirtschaftspolitik nennt folgende Kriterien für die Gewährung von Subventionen: Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, Innovationsförderung und Strukturanpassungen. Die Arnold AG hat keine Arbeitsplätze geschaffen, welche die Bedingungen der Innovationsförderung und der Strukturanpassung erfüllen. Bei den subventionierten Arbeitsplätzen handelt es sich um ganz normale Arbeitsplätze im Hoch- und Tiefbau, wie sie im Wallis überall anzutreffen sind. Das Kriterium der Innovationsförderung ist folglich nicht erfüllt. Statt der gesetzlich verlangten Strukturanpassung wurde vielmehr Strukturerhaltung betrieben und die staatlichen Subventionen dienten dem Versuch, die marode Firma zu sanieren.

2. Verstoss: Klare Marktverfälschung

Gemäss kantonalem Gesetz darf die Konkurrenz durch die Gewährung kantonaler Subventionen nicht verfälscht werden. Die Arnold AG steht in Konkurrenz zu anderen Baufirmen. Durch diese Art der Subventionierung wird die Konkurrenz verfälscht, das heisst, die anderen Baufirmen werden benachteiligt. Zudem sind die Arbeitsplätze im Bereich einer regionalen Recycling-Anlage vorgesehen, so dass eine zusätzliche Subventionierung durch die öffentliche Hand überhaupt keinen Sinn macht.

3. Verstoss: Keine Exportförderung

Gemäss kantonalem Gesetz kommen nur solche Firmen in den Genuss finanzieller Unterstützung, welche auf *«einen vorwiegend ausserhalb des Kantons befindlichen Markt ausgerichtet sind.»* Die Baufirma Arnold AG hingegen ist nicht im Exportgeschäft tätig, sondern im Walliser Bausektor. Ein weiterer Verstoss gegen die Bedingungen des Gesetzes über die Wirtschaftspolitik des Kantons Wallis.

4. Verstoss: Kein Vertrag, keine Bedingungen

Gemäss dem kantonalen Reglement über die Investitionshilfe ist *«ein Vertrag zwischen dem Gesuchssteller und dem Kanton»* erforderlich. Darin müssen die Bedingungen für die Gewährung von Subventionen festgehalten werden. Gemäss RA-Recherchen existiert kein solcher Vertrag und die kantonale Wirtschaftsförderung hat auch keine schriftlichen Bedingungen festgehalten, was einem klaren Verstoss gegen die Vorschriften gleichkommt.

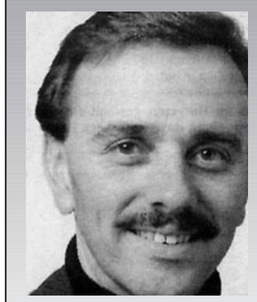
5. Verstoss: Aufsichtspflicht nicht erfüllt

Obwohl die Arnold AG in massiven finanziellen Schwierigkeiten steckt, hatte die kantonale Wirtschaftsförderung vom Geschäftsgang der Baufirma keinen blassen Schimmer und der zuständige Leuker Gemeinderat Roberto Schmidt hat die finanziellen Schwierigkeiten entweder verschwiegen oder er hat davon nichts gewusst. Die Dienststelle ist folglich ihrer Aufsichtspflicht nicht nachgekommen.

Fall für den Untersuchungsrichter

Wie die letzte RA berichtete, hat der kantonale Untersuchungsrichter für das deutschsprachige Wallis, Jean-Pierre Greter, im vorliegenden Fall ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Auf erneute Anfrage der RA bestätigte Greter, dass er mittlerweile im Besitz der notwendigen Unterlagen sei und demnächst eine Beurteilung aufgrund des *«Gesetzes über die kantonale Wirtschaftspolitik»* vornehme. Die RA bleibt dran!

Wo bleibt die Ehrverletzungsklage, Herr Schmidt?



Roberto Schmid:
Vogel abgeschossen!

Schaumschlägerei Nummer 1:

Der Leuker CSPO-Gemeinderat Roberto Schmidt hat der *Roten Anneliese* öffentlich Ehrverletzung und Geschäftsschädigung gegenüber VR-Präsident Paul Inderkummen beziehungsweise gegenüber der Firma Arnold AG vorgeworfen. Bis zum Zeitpunkt des Druckes hat die *Rote Anneliese* keine Einladung vor den Friedensrichter erhalten. Die RA fragt: Wo bleibt die Ehrverletzungsklage, Herr Schmidt?

Schaumschlägerei Nummer 2:

Mit der Behauptung, die RA trage die Verantwortung, wenn die Arbeitsplätze der Arnold AG verloren gingen, hat der CSPO-Sekretär Schmidt den Vogel endgültig abgeschossen. Dass die gelbe Firma ihren Verpflichtungen an die Sozialversicherungen und ans Steueramt nicht mehr nachkommt, diese Verantwortung kann man sicher nicht der RA in die Schuhe schieben. Schmidt kann froh sein, dass die RA ihn nicht vor den Friedensrichter zieht!

Betreibungssumme auf 1,7 Millionen angestiegen

Schluss mit öffentlichen Aufträgen

(ktm) Nach der Veröffentlichung des Betreibungsregisters der Firma Arnold AG in der letzten RA hat der Kanton Wallis gehandelt. Auf Anfrage bestätigte Marcel Schwestermann von der Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Dienstverhältnisse, dass die Arnold AG im März 2003 aus der ständigen Liste der Hoch- und Tiefbauunternehmungen gestrichen wurde. Damit darf sich die Firma nicht mehr an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen. Der Grund liegt auf der Hand: Die Firma wird u.a. von der Ausgleichskasse, der Pensionskasse, vom Finanzdepartement des Kantons Wallis und von der Eidgenossenschaft betrieben. Und die Betreibungssumme steigt weiter an: In der Zeit von Ende Januar bis Ende März stiegen die Betreibungen gegen Interkummens Firmen um rund 500 000 Franken auf total 1,7 Millionen Franken an.

Paul Inderkummen
Kanton streicht seine Firma aus der ständigen Liste.

Hat die Firma falsche Angaben gemacht?

Laut Recherchen der *Roten Anneliese* hat nach Erscheinen der letzten RA auch die Paritätische Kommission des Hoch- und Tiefbaus verlangt, dass der Arnold AG mindestens ein bereits zugesprochener Bauauftrag wieder entzogen wird. Zudem hat die Firma bei der entsprechenden Offerteingabe am 29. Mai 2002 deklariert, dass sie die Sozialabgaben und die Steuern ordnungsgemäss bezahlt habe. Zu diesem Zeitpunkt jedoch wurde die Arnold AG bereits vom Finanzdepartement des Kantons Wallis betrieben. Es stellt sich also die Frage: Hat die Firma falsche Angaben gemacht, um sich unrechtmässig Bauaufträge zu verschaffen?

Die RA hat den zuständigen Chef des Baudepartement, Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet, mit der Frage konfrontiert, ob sein Departement im fraglichen Zeitraum öffentliche Aufträge an die Arnold AG vergeben hat und ob die Firma möglicherweise falsche Angaben über die Bezahlung der Sozialversicherungen und Steuern gemacht hat. Auch auf zweimalige Nachfrage blieb Staatsrat Rey-Bellet eine Antwort schuldig.

Finanzdepartement: Merkwürdige Unterlassungen

Da wird die Firma des ehemaligen CSPO-Präsidenten Paul Inderkummen vom Finanzdepartement seit dem 1. März 2002 betrieben. Laufend kommen während des Jahres neue Betreibungen des Kantons und der Eidgenossenschaft hinzu. Doch Wilhelm Schnyders Finanzdepartement schweigt. Es gehen keine Meldungen an die Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Dienstverhältnisse, welche für die ständigen Listen der Bauunternehmungen zuständig ist. Doch vielleicht hat Staatsrat Schnyder wirklich nichts gewusst und seinem agilen Gehilfen Roberto Schmidt ging es ebenso. Vielleicht sind die beiden Parteifreunde von Paul Inderkummen wirklich so schlecht auf dem Laufenden. Alles ist möglich!

Vielleicht ist Staatsrat Schnyder wirklich so schlecht auf dem Laufenden...

RA-Interview mit Franz König über die privaten Gebäudeversicherungen im Kanton Wallis:

«Versicherungsfragen sind grundlegend und neu zu überdenken!»

WALLIS – **Vor zwei Jahren hat die RA ausgerechnet, dass die privaten Gebäudeversicherer im Wallis im Vergleich zum Kanton Graubünden rund 46 Millionen Franken zu viel kassieren. Im RA-Interview macht Franz König, Direktor des Zentrums für Verwaltungsmanagement des Kantons Wallis, den Vorschlag, die Gebäudeversicherungen grundlegend zu überdenken und eine umfassende Analyse der Situation vorzunehmen. Jetzt ist der zuständige Staatsrat Jean-René Fournier gefordert.**

***Rote Anneliese:* Die Frage, ob private oder kantonale Gebäudeversicherung, beschäftigt uns im Wallis schon seit Jahrzehnten. Wann und in welchem Zusammenhang haben Sie Sich erstmals damit befasst?**

Franz König: Dieser periodisch wiederkehrenden Frage bin ich vor rund 20 Jahren aus persönlicher Neugier nachgegangen, d. h. als ich noch der kantonalen Finanzverwaltung vorstand. Staatsrat Hans Wyer, mein damaliger Chef, führte das Finanzdepartement und Staatsrat Franz Steiner war Chef des zuständigen Departements für Inneres und Polizeiwesen. Ich habe den Staatsrat in der Folge über die Ergebnisse meiner Studie orientiert. Das letztgenannte Departement ist heute noch für diese, von Ihnen erneut aufgeworfene Versicherungsfrage, zuständig.

«Niemand war in der Lage, meine Zahlen sachlich zu widerlegen.

***RA:* Zu welchen Ergebnissen kamen Sie damals?**

König: Meine damalige Vergleichsstudie zeigte klar, dass die Preisansätze für die einzelnen Versicherungsleistungen im Kanton Wallis bedeutend höher lagen als für vergleichbare Risikofaktoren, Objekte und Leistungen, die bei öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten in anderen Kantonen versichert waren.

***RA:* Wieso kam es aufgrund dieser Erkenntnisse nicht zum Wechsel zu einer öffentlich-rechtlichen beziehungsweise kantonalen Gebäudeversicherung?**

König: Meine Studie zielte nicht unbedingt auf einen Wechsel zu einer kantonalen Gebäudeversicherung, sondern auf die Notwendigkeit einer Vergleichsstudie, die einen transparenten, interkantonalen Nachweis von Gefahrenrisiko, Versicherungsleistungen und Versicherungsprämien durch fachkompetente Experten auf den Tisch der politischen Entscheidungsträger legt. Niemand, auch die eidgenössische Dienststelle für Versicherungsfragen, war dazumal in der Lage, meine Zahlen und Argumente sachlich zu widerlegen. Auf mein Arbeitspapier wurde nur mit emotionalen und politischen Argumenten reagiert. In die versicherungstechnischen Daten der einzelnen Gesellschaften konnte ich nicht Einsicht nehmen und die betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Argumente und Zahlen, die man mir entgegenhielt, konnten mich keineswegs überzeugen. Resultat meiner Übung: Nach einer Aussprache mit den Versicherungsgesellschaften, an der auch Staatsrat Steiner teilnahm, haben diese ihren jährlichen Beitrag an den kantonalen Brandverhütungsfonds laufend erhöht.

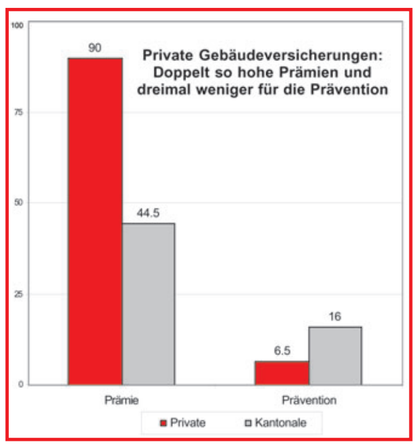
«Meine Studie zeigte klar, dass die Preisansätze im Wallis bedeutend höher lagen als in anderen

***RA:* Die Rote Anneliese hat vor zwei Jahren berechnet, dass die WalliserInnen im Vergleich zu den GraubündnerInnen rund 46 Millionen zu viel an Prämien bezahlen. Sie haben vor einem Jahr im Gespräch mit der RA vom Staatsrat eine umfassende Analyse verlangt. Wurde eine solche Analyse gemacht?**

König: Ich habe den Staatsrat im Zusammenhang mit der Erledigung der letzten Unwetterkatastrophe dahingehend informiert, dass ich auf die oben angedeutete Anfrage der RA gleich geantwortet habe, wie bereits vor rund zwanzig Jahren. Im gleichen Papier regte ich erneut an, dass im Kanton eine umfassende Gefahren-Risiko-Analyse vorgenommen werden muss, und dass die damit im Zusammenhang stehenden Versicherungsfragen grundlegend und neu zu überdenken sind. Dass dabei die Lösung einer öffentlichen Gebäudeversicherung nicht zum vornherein ausgeschlossen werden kann, ist nach meinem Dafürhalten selbstverständlich. Ich bin zudem der festen Überzeugung, dass auch die privaten Versicherer in unserem Kanton ein grosses Interesse an einer Neubeurteilung der Risiko- und Versicherungssituation in unserem Kanton haben sollten.

Verlangt seit 20 Jahren eine saubere und unabhängige Abklärung.
Franz König, Direktor des Zentrums für Verwaltungsmanagement des Kt. Wallis

«Ich habe beim Staatsrat erneut eine umfassende Analyse



Prämienvergleich der Feuer- und Elementarschadenversicherungen in den Kantonen Graubünden und Wallis zeigt:

Private Gebäudeversicherer kassieren im Wallis 46 Millionen zuviel!

Die untenstehende Tabelle zeigt: Die kantonale Gebäudeversicherung in Graubünden ist mehr als die Hälfte billiger als die privaten Versicherungen im Wallis. Wer seine Wohnung im Wert von 250 000 Franken versichert, zahlt im Wallis 158 Franken mehr als in Graubünden. Für ein Haus im Wert von 550 000 Franken macht die Differenz 347 Franken, für ein Mehrfamilienhaus von 5,5 Millionen sind es horrende 3 465 Franken. Im Wallis sind Gebäude im Gesamtwert von 73 Milliarden bei der Privatassekuranz mit einer Gesamtprämie von schätzungsweise 78,8 Millionen versichert. Für die gleiche Versicherungssumme zahlen die BündnerInnen rund 32,8 Millionen Prämie, also rund 46 Millionen weniger!

Versicherungssumme	Durchschnittliche Prämie im Kanton Graubünden (45 Rp./1000 Fr.)[1]	Durchschnittliche Prämie im Kanton Wallis (108 Rp./1000 Fr.)[2]	Differenz pro Jahr
250 000 Franken	112 Franken	270 Franken	158 Franken
550 000 Franken	247 Franken	594 Franken	347 Franken
750 000 Franken	337 Franken	810 Franken	473 Franken
5 500 000 Franken	2 475 Franken	5 940 Franken	3 465 Franken
73 Milliarden[3] Franken (Gesamte Versicherungssumme im Wallis)	32,8 Millionen Franken	78,8 Millionen Franken	46 Millionen Franken

[1] Laut Auskunft von Markus Fischer, Direktor der Gebäudeversicherung des Kantons Graubünden und gleichzeitig Präsident der Vereinigung Kantonaler Feuerversicherungen (VKF)
[2] Laut Zahlen, welche Thomas von Ungern-Sternberg, Professor an der Uni Lausanne, anfangs 2001 in den „Perspektiven der Wirtschaftspolitik" 2(1): 31-44 veröffentlicht hat. Es handelt sich dabei um den Durchschnitt der Jahre 1986 - 1995. Laut Ungern-Sternberg hat die Privatassekuranz seit 1995 keine Daten mehr publiziert, die einen direkten Prämienvergleich für die letzten Jahre erlauben. Aus der Entwicklung der Prämieneinnahmen kann man laut Ungern-Sternberg schliessen, „dass ihr Prämiensatz in etwa konstant geblieben ist. Bei den kantonalen Gebäudeversicherungen ist er noch einmal um 20 Prozent gefallen, von 58,6 Rp./1000 Fr. im Jahr 1995 auf 47,3 Rp./1000 Fr. im Jahr 1999."
[3] Laut Auskunft von Mathias C.Berger vom Schweizerischen Versicherungsverband (SVV)

Rote Anneliese vom April 2000: *Berechnungen wurden nicht widerlegt!*

***RA:* Welche Fragen müsste eine solche Analyse klären?**

Ein Preisvergleich zwischen öffentlichen und privaten Versicherungsleistungen reicht in keiner Art und Weise aus, um in der kantonalen Versicherungsfrage sinnvoll weiterzukommen. Wie ich dies immer schon sagte, kann nur eine eingehende, sauber und unabhängig durchgeführte Abklärung der gesamten Risiko- und Schadenversicherungsproblematik im schweizerischen Berggebiet eine klare Antwort auf diese wichtigen und seit Jahren anstehenden Fragen geben. Diese Analyse muss

1. den Stand und die Entwicklung des allgemeinen und des spezifischen Schadenrisikos in unserem Kanton ermitteln (effektives Risiko in allen Risikobereichen, d.h. auch die Risikobereiche, die heute (noch) nicht versichert sind);
2. den effektiv vollzogenen und noch zu vollziehenden Risikominderungen Rechnung tragen (so z.B. die getroffenen privaten und öffentlichen Schutz- und Vorbeugungsmassnahmen betreffend den Feuer-, Hochwasser- und Lawinenschutz);
3. die erhöhten, umweltbedingten geologischen Risiken (inkl. Erdbebenrisiko) aufgrund der heutigen Erkenntnisse neu evaluieren.

Erst nach eingehender Abklärung dieser Fragen kann festgelegt werden, welche Risiken und welche Leistungen zwangsmässig beziehungsweise frei zu versichern sind und zu welchem Preis diese Risiken versichert werden können oder müssen. Das darf weder eine politische Gefühlsabklärung noch eine einseitige Marktstudie einer interessierten Wirtschaftsbranche sein. Das ist eine Studie, die es weitgehend mit exakten Wissenschaften zu tun hat.

***RA:* Wer soll eine solche Abklärung machen?**

«Versicherungs- leistungen sollen öffentlich ausgeschrieben werden.»

König: Diese Studie könnte zum Beispiel von einer interdisziplinären Expertengruppe durchgeführt werden, die vom Bund über ein nationales Forschungsprogramm und den Preisüberwacher begleitet wird. Da die Eidgenossenschaft zudem an einer ausgewogenen und sicheren Besiedlung der Schweiz, also auch des Berggebietes, ein grosses Interesse haben muss, sollte sich der Bund zudem über einen zu schaffenden Solidaritätsfonds an der versicherungsmässigen Abdeckung von überdurchschnittlich hohen Risken sowie an der Schadenbehebung von ausserordentlichen Schadenereignissen in solchen speziell gefährdeten Gebieten beteiligen. Auf einem solchen umfassenden Schutzkonzept sollte in Zukunft auch die nationale, kantonale, regionale und lokale Katastrophenorganisation aufgebaut werden.

***RA:* Und wie wird über die Frage ob «kantonale oder private Versicherung» entschieden?**

König: Ein solcher Entscheid, kann nur aufgrund einer soliden, oben angedeuteten Abklärung politisch behandelt und beurteilt werden. Ob die notwendigen Versicherungsleistungen öffentlich oder privat angeboten und sichergestellt werden sollen, muss dann, auf diesen transparenten Grundlagen, und wie es sich gehört, öffentlich ausgeschrieben werden. In diesem Falle müsste man den privaten Anbietern einen notwendigen Gewinnzuschlag zurechnen, den sie in unserem Kanton entweder zu versteuern oder zu reinvestieren hätten.

***RA:* Welche konkreten Empfehlungen richten Sie an das zuständige Departement für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit, damit das Problem nicht wieder auf die lange Bank geschoben wird?**

König: Es ist nicht an mir, dem zuständigen Departement über diesen Weg konkrete Empfehlungen zu machen...

***RA:* Herr König, ich danke Ihnen für das Gespräch.**

Interview: Kurt Marti

Berufsverbote im Wallis:

■ Linker Psychologe für Staatsstelle ungenehm
■ «Volksfreund» und Konservative höhnen:

«Er soll sich doch freuen!»

BRIG/SITTEN – **Der Psychologe Stefan Niklaus bewirbt sich um eine Anstellung am Institut «La Castalie». Der Direktion macht er «einen guten Eindruck». Da er der einzige Bewerber ist, scheint die Anstellung so gut wie sicher. Doch der Staatsrat will Niklaus nicht: «Aus politischen Gründen!». Während sich im Wallis selbst einfache Leute mit dem Briger solidarisieren, fährt der «Volksfreund» eine Schmutzkampagne. Die CVP-Regierung in Sitten lacht sich ins Fäustchen. Chronologie eines Walliser Skandals.**

VON PATRICK ZEHNER

Der Briger Psychologe Stefan Niklaus bewirbt sich Anfang November 1977 um eine Halbtagsstelle an der medizinisch-pädagogischen Klinik «La Castelie» in Monthey. Die Direktion der Klinik unterstützt seine Bewerbung, er macht einen *«fachlich und menschlich guten Eindruck»*. Alles scheint geritzt, doch am 25. November bootet ihn der kantonale Personalchef Grichting mit einem einzigen, lapidaren Satz aus: *«Wir teilen Ihnen mit, dass Ihre Stellenbewerbung für den obgenannten Posten nicht berücksichtigt werden konnte»*. Dies obwohl Niklaus der einzige Bewerber ist! Niklaus will die Gründe dieses Entscheides wissen. Die Direktorin vertraut ihm an: Grichting habe ihn aus politischen Gründen nicht anstellen wollen. Am 5. Dezember will Niklaus, begleitet von der Walliser SP-Nationalrätin Gabrielle Nanchen, eine Erklärung vom zuständigen FDP-Staatsrat Bender. Dieser zeigt sich verblüfft, er hat keine Ahnung von der Sache und Niklaus' Dossier nie gesehen. Die CVP-Staatsräte haben Niklaus' Bewerbung abgeschossen, ohne Bender zu informieren!

Drohungen vom «Volksfreund»

Am 14. Dezember mischt sich Heinrich Heinzmann, Chefredaktor des «Walliser Volksfreunds», in die Affäre ein. Er berichtet von der Nichtanstellung des Psychologen, *«weil er aktives Mitglied des KO ist»* und droht: *«Falls diese Meldung zu Agitationszwecken benutzt werden sollte, müsste das Volk über die Intentionen dieses Psychologen ins Bild gesetzt werden.»* Nun will es Niklaus genau wissen: Am 15. Dezember fragt er den Staatsrat nach den wahren Gründen seiner Nicht-Anstellung und bewirbt sich nochmals. Auch auf die zweite Bewerbung hin meldet sich nur Niklaus. Er wird wieder abgelehnt. Erneut: Ohne Begründung! *«Wir verzichten, Ihnen die Beweggründe und Erwägungen mitzuteilen, welche gegen die Berücksichtigung Ihrer Kandidatur gesprochen haben. Die Ernennung eines Beamten ist nämlich ein einseitiger Hoheitsakt, der den Staatsrat nicht verpflichtet, seine getroffene Wahl zu rechtfertigen»*, teilt ihm der Staatskanzler am 9. Januar mit. Daraufhin greift die Rote Anneliese (Nummer 24, Januar 1978) das Thema auf, kritisiert ein Berufsverbot: *«Im Staate Wallis muss man das rechte Parteibuch haben, um Beamter zu werden...»* Keine Anstellung wegen des falschen Parteibuchs?

«Schulgebet abgeschafft»

«Wir glauben eher, weil dieser junge Mann untragbar ist, vorab wegen seiner Einstellung zu unserer Gesellschaft. Als Beweis greifen wir auf das KO-Informationsblatt vom 20. November 1973 zurück:.... Lesen Sie bitte genau, ... die Erziehungsfunktion der Familie muss zerstört werden, natürlich auch die der Schule. Kann der Staatsrat einen Mann solcher Geisteshaltung in seine Dienste aufnehmen?» schiessen sich Heinrich Heinzmann und seine «Volksfreunde» am 15. Januar auf Niklaus ein. Tags darauf lässt der WV *«einen Familienvater»* zu Wort kommen: *«Kam da mein Kind eines Tages heim und berichtete, dass der neue Lehrer das Schulgebet abgeschafft habe... Wenn ein Aushilfslehrer sich über die sinnvolle Tradition des Schulgebetes hinwegsetzen darf, dann dürfte mit der Erziehung in dieser Schule nicht viel los gewesen sein...»* Niklaus wehrt sich, niemand habe sich jemals bei ihm beklagt und das Schulgebet sei nie abgeschafft worden. Doch erneut werden dem Briger umstürzlerische Absichten unterstellt: *«Das ist Agitation in Reinkultur»*, meint ein anonymer Z.Z.B. im «Volksfreund» Heinrich Heinzmann wähnt sich gar im Klassenkampf: *«Man bürdet dem ‚Volksfreund' den Kampf um die Erhaltung unserer Gesellschaftsordnung auf.»*

Basler Zeitung, 14. Januar 1978

Droht dem Wallis ein neuer Skandal?

Das «kritische Oberwallis» (KO), eine linksgerichtete Oppositionspartei, veranstaltete erstmals in Sitten eine Pressekonferenz. Anhand von zwei Beispielen wollte es dartun, dass die CVP-Regierungsmehrheit undemokratisch ja unkorrekt handle.

Sitten. G. T. Der Psychologe N., der von 1973 bis 1977 als Vertreter des KO Grossratssuppleant war, bewarb sich Anfang November 1977 um eine Halbtagesstelle als Psychologe an einer Kinderklinik in Monthey. Die Direktion der Klinik unterstützte seine Bewerbung, doch am 27. November erhielt N. den negativen Entscheid des kantonalen Personalamtes. N. wollte die Begründung kennen und erfuhr, dass politische Gründe, eben seine Rolle beim KO ausschlaggebend waren. Am 5. Dezember, begab sich N. mit Nationalrätin Gabrielle Nanchen zu Staatsrat Bender, Vorsteher des Sanitätsdepartements. Dabei ergab sich, dass Bender von der ganzen Sache keine Ahnung hatte und das Dossier mit der Bewerbung nie gesehen hatte, was vom KO als verwaltungsinterner Skandal bezeichnet wird. Mitte Dezember bewarb sich N. zum zweiten Mal, wiederum ohne Erfolg. Auch jetzt wurde die Ablehnung nicht begründet. Nach der Auffassung des KO, die von Frau Nanchen geteilt wird, verletzte das Vorgehen der Regierung den Grundsatz der Rechtsgleichheit. Politische Gründe dürfen nicht gegenüber einem Psychologen, der debile Kinder betreuen soll, ins Feld geführt werden.

Während das KO mit dem Fall N. die undemokratische Haltung der Regierung anprangern will, ging es im zweiten Fall zum direkten Angriff über. Das KO erstattete am 11. Januar dieses Jahres Strafanzeige gegen die Staatsräte Steiner, Zufferey und Genoud (alle CVP) sowie gegen Bender (FDP) wegen Urkundenfälschung, Erschleichung einer falschen Beurkundung und ungetreuer Geschäftsführung.

Die Strafklage beruht auf folgendem Tatbestand: Im Dezember 1976 wurde das Grundbuchamt Martigny angewiesen, ein 70 000 Quadratmeter grosses Grundstück, das im Eigentum der Familie D. stand, auf den Staat Wallis als neuen Eigentümer zu übertragen. Aufgrund einer Expropriationsurkunde mit Quittung kam das Grundbuchamt diesem Begehren nach. Kurz danach verlangte die Gemeindeverwaltung Martigny vom Staat eine Erklärung über den Preis von Fr. 50.— pro Quadratmeter, der weit über den ortsüblichen Ansätzen lag. Das KO behauptet nun, dass eine staatliche Untersuchung, vor allem aber Nachforschungen der Presse herausbrachten, dass eine Expropriation überhaupt nie stattfand und dass eine Entschädigung in jenem Zeitpunkt noch nicht bezahlt war, entgegen der Quittung. Auch der andere mögliche Rechtsgrund, ein Kaufvertrag, fehlte, denn der Staat legte keinen notariellen Akt vor. Mittels einer falschen Beurkundung sollte der Familie D. dazu verholfen werden, die Grundstücksgewinnsteuer, die am 1. Januar 1977 gemäss dem neuen Steuergesetz viel höher ausgefallen wäre, zu umgehen. Die Gemeinde Martigny habe dadurch 200 000 Franken an Steuereinnahmen verloren. Ueberdies hätten die Angeschuldigten dazu Hand geboten, der Familie D. einen absolut ungerechtfertigten Gewinn von über 1,5 Millionen Franken zu gewähren. Es sei ein krasser Fall von «Vetterliwirtschaft». Die Behandlung der Strafklage und die Gegenargumente der Regierung bleiben abzuwarten. Das KO betonte, dass es sich, falls auf die Klage nicht eingetreten werde, eine Beschwerde ans Bundesgericht wegen Rechtsverweigerung vorbehalte.

Die Gegensätze zwischen dem KO, das namentlich unter der jüngeren Generation zahlreiche Anhänger hat, und der Regierung haben scharfe Formen angenommen. Das KO mit seiner Zeitung «Rote Anneliese» lässt sich nicht einschüchtern, wie es die Regierung nach seiner Auffassung möchte. Ob wohl nach dem Savro-Skandal ein weiterer Walliser Skandal bevorsteht?

«Gesellschaftsordnung verteidigen»

Nun mischen sich auch die Konservativen im Walliser Boten ein: Kolumnist «Observator» ätzt: *«Niklaus soll sich doch freuen. Die Steuerzahler bezahlen gerne auch weiterhin seine Arbeitslosenentschädigung. Auf diese Art hat er genügend Zeit, auch weiterhin sein Journal öffentlich zum Kauf anzubieten.»* Derweil greift Heinzmann das Schulgebet wieder auf: *«Unseres Wissens sind bereits damals mündlich dem kantonalen Erziehungsdepartement die Vorfälle in Mörel mitgeteilt worden. In Sitten war man also im Bilde über die Haltung von Stefan Niklaus zur Walliser Schule. Wir erachten es als unsere Pflicht, die Gesellschaftsordnung, die Niklaus beseitigen will, zu verteidigen.»* Ein sogenannter O.K.K.K.O bringt in derselben Zeitung ein neues Argument ins Spiel: *«Unseres Wissens setzt die Arbeit als Psychologe in einem solchen Heim die Ausbildung als klinischer Psychologe voraus. Niklaus ist Betriebs- und Arbeitspsychologe».*

Tat, 13. Januar 1978

Kann sich die Walliser Regierung alles leisten?

SITTEN – Ein selten eindeutiges Berufsverbot im Wallis: Der Diplompsychologe Stefan Niklaus darf die Stelle in der Kinderklinik «La Castalie» in Monthey nicht antreten. Einzig möglicher Grund: Niklaus ist Mitglied des «Kritischen Oberwallis» (KO).

Denn das KO – eine politische Gruppe junger Leute – tritt der allmächtigen Walliser CVP immer wieder bös auf die Zehen. Der letzte Coup ist eine Strafklage gegen vier amtierende Staatsräte und einen ehemaligen Regierungsmann.

Anlass ist ein dubioser Landkauf für die Autobahn bei Martigny. Das KO entdeckte, dass die Regierung eine Enteignung vorgetäuscht hatte. Vorgetäuscht, weil die Linienführung der Nationalstrasse damals gar noch nicht festlag! Deshalb konnte sich der Verkäufer – die politisch einflussreiche Familie Dorsaz – die Grundstückgewinnsteuer von 200 000 Franken sparen. Und ausserdem war der Preis mit 50 Franken/m² übersetzt – das Land ist höchstens die Hälfte wert.

Die KO-Klage fusst deshalb auf Urkundenfälschung und ungetreuer Geschäftsführung der Regierung. Das Berufsverbot ist nun offensichtlich die Rache der Regierung. Denn Stefan Niklaus hat es schriftlich: Er ist beruflich qualifiziert – und war übrigens der einzige Bewerber! Doch telefonisch erfuhr er vom Chef des Personalamtes, er sei aus politischen Gründen nicht angestellt worden. Die Regierung gab sich indes erhaben: «Die Ernennung von Beamten ist nämlich ein Hoheitsakt.» Willkürakt wäre besser: Denn CVP-Leute werden im Wallis in die Jugendbetreuung gewählt – auch wenn ihre beruflichen Qualifikationen fehlen . . .

Karl Biffiger

Oberwallis hinter Niklaus

Die OberwalliserInnen beginnen, sich ob der Schmutzkampagne aufzuregen. Mitte Januar startet das KO eine Solidaritätspetition: *«Es geht nicht an, dass Leute, die die demokratischen Spielregeln einhalten, wegen ihrer politischen Gesinnung im Kanton Wallis keine Anstellung finden, und daher gezwungen sind stempeln zu gehen oder auszuwandern.»* Nun rastet der «Volksfreund», die Hauszeitung des Schweizer CVP-Präsidenten und Staatsrats Hans Wyer, vollends aus: *«Mit Petitionen ist es ja so eine Sache...»*, versucht Heinzmann die Bürger vom Unterschreiben abzuhalten. Am 23. Januar droht er sogar unverhohlen: *«Wir werden uns bemühen, nach Hinterlegung der Petition an die Unterschriftenbögen heranzukommen und wir werden die Unterschriften publizieren, damit jedermann kontrollieren kann, wer in diesem Fall für Stefan Niklaus und gegen die Regierung seine Unterschrift hergab.»* Der Fall hat auch in der übrigen Schweiz Wellen geschlagen. «Die Tat» reklamiert: *«So geht es nicht!»* und fragt am 13. Januar: *«Kann sich die Walliser Regierung alles leisten?»* Die Basler Zeitung doppelt nach: *«Droht ein neuer Skandal im Wallis?»* Als dann auch noch das Schweizer Fernsehen auf Platz kommt und mit Heinzmann reden will, verweigert dieser jede Stellungnahme.

Berufsverbote: Kein Einzelfall!

(pz) Berufsverbote für Linke sind in den Siebzigerjahren kein Einzelfall. Dem Mathematiker Peter Seiler wird im Sommer 1978 eine Stelle als Mathematik-Lehrer am Kollegium Brig verweigert. Grund: Er ist Mitglied im Kritischen Oberwallis. Statt Seiler erhält der Ingenieur Walter Andenmatten, CVP-Mitglied, die Stelle. Obwohl er die Anforderungen des Stelleninserates nicht erfüllt. Auch der Orientierungsschul-Inspektor Jenelten soll im Sommer 1977 nach heftiger Kritik an der Politik seines Vorgesetzten Antoine Zufferey kaltgestellt werden. Nach heftigen Protesten in der Walliser Öffentlichkeit kann Jenelten Schulinspektor bleiben, die Orientierungsschulen werden aber einem anderen Schulinspektor anvertraut.

DIE ROTE ANNELIESE
As güet's niw's!
Kritisches Oberwallis
Jan.78 No.24

Berufsverbot gegen Oberwalliser!

Offenes Berufsverbot auch im Oberwallis. Betroffen: Der Briger Stefan Niklaus. Er war vier Jahre im Grossen Rat. Nach Abschluss des Psychologiestudiums bewarb er sich für eine offene Halbtagesstelle in der Klinik "La Castalie". Die Direktion schlug dem Staatsrat vor, Stefan Niklaus anzustellen, weil er fachlich und menschlich einen guten Eindruck machte. Der Gesamtstaatsrat aber sagte in Abwesenheit des zuständigen Staatsrates: Nein! Stefan Niklaus wurde aus rein politischen Gründen nicht angestellt. Das sind Methoden, deren sich nur Diktaturen rühmen können. Gabrielle Nanchen meinte zur Roten Anneliese: "Ich habe den Fall Niklaus aus der Nähe mitverfolgt. Ich bin erschüttert über die undemokratischen Machenschaf-

Kann sich die Walliser Regierung alles leisten?:
Die Nichtanstellung des Briger Psychologen Stefan Niklaus «aus politischen Gründen» erhitzt die Gemüter im Wallis. Selbst in den Schweizer Medien schlägt das Berufsverbot hohe Wellen.

«Niklaus kein Opfer»

Anfangs Februar antwortet Staatsrat Guy Genoud auf die Interpellation der SP und greift dabei Heinzmanns Argumente auf: *«Herr Niklaus Diplom war nicht im Gebiet der kurativen Pädagogie... Es sind berufliche und nicht politische Gründe. Stephan Niklaus ist kein Opfer. Von 1968 bis 1976 hat er Stipendien bezogen. An mehreren Gelegenheiten hat ihm der Stadt Vertretungen zugewiesen. Sie haben ihm mehr als 10'000 Franken eingebracht... Diese Vertretungen haben es erlaubt, ein Bild von Niklaus beruflichen Fähigkeiten zu machen. Es gab unzählige Probleme. Es war unmöglich, eine erneute Anstellung dieses Herrn ins Auge zu fassen.»* Dennoch wird die Petition von 6276 Personen unterzeichnet, darunter 57 Nationalräten. Die CVP verweigert sich demonstrativ. Im März klagt die *Rote Anneliese* erneut die Machenschaften des «volksfreundlichen» Wyer-Blattes an: *«Da die Gelben ja einen Mann im Staatsrat haben, ist es kein Kunststück an die Unterschriften 'heranzukommen'».* Das KO lässt die Unterschriften daraufhin beim Sittener Notar Joseph Blatter beglaubigen und reicht sie ein. In der Zwischenzeit hat der Staatsrat allerdings eine Notlösung getroffen, ein vollangestellter Psychologe aus Brig kümmert sich an anderthalb Tagen um die Kinder in «La Castelie». Gegenüber der Presse will sich der Staatsrat aber nicht mehr äussern. Er hat allen Beteiligten einen Maulkorb verpasst...

Walliser Cinceras: Spitzeln gegen «Links»

«Fernziel: Politische Säuberung des WB (lth raus/Ersatz vorbereiten!)»

OBERWALLIS – **Vorbeben des Fichen-Skandals in den Siebzigern: Der Zürcher FDP-Nationalrat Ernst Cincera sammelt Informationen und «Fakten» über «staatsgefährdende Subversive». Auch im Oberwallis schleichen Schlapphüte durch die Gegend und spitzeln in jeder Mülltonne. Ziel: Weg mit dem KO! Doch zuerst sollen die Oberwalliser Medien wieder stramm konservativ stehen. Die Rote Anneliese haut 1979 Spion und Co. auf die Finger.**

Hochalpine Cinceras im Oberwallis

Primitiv, dumm und trotzdem gefährlich

Der König der Oberwalliser Spekulanten heisst Josef Stehlin. Selbst die Unternehmer beklagen sich über die rücksichtslosen Geschäftsmethoden dieses Mannes. Der eifrigste Gehilfe in unserem Kantonsteil nennt sich Dionys Jossen. Diese beiden Männer sind die Schlüsselfiguren in der Landschaft unserer hochalpinen Cinceras. Sie wollen selbst einem Alexander Chastonay an den Kragen. Die Verbindung von lokaler Hochfinanz und verbohrten

Spekulanten, Chefärzte, Obersten, Bankhengste und Dorflehrer bilden im Oberwallis geheime Zellen. Anonyme Bulletins werden verschickt und schwarze Listen erstellt. Oppositionspolitiker will man künftig *"hautnah überwachen"*. Walliser Bote und Volksfreund sollen gesäubert werden. Zur Tarnung vor dem linken Feind benutzen die Stützen der Oberwalliser Gesellschaft Decknamen wie Peter Muff, Ming und Zentrale. Diese Sätze erinnern mehr an einen billigen Kriminalroman, denn an die Oberwalliser Wirklichkeit. Der erste geheime Start der hochalpinen Cincera-Schüler endete denn auch mit einer Bruchlandung. Die Rote Anneliese publiziert heute Ausschnitte selbst aus den geheimsten Zellenpapieren.

RA, 15. Mai 1978

VON PATRICK ZEHNER

Was die *Rote Anneliese* am 19. Mai 1979 ans Licht bringt, wird für einige bürgerliche Saubermänner peinlich. Mit einer sektiererisch anti-kommunistischen Geheimloge hatten es Schlapphüte auf die *«zu linke»* Presse im Oberwallis abgesehen:. Minutiös werden die Oberwalliser Lokalredaktoren auf ihre angeblich linke Gesinnung abgeklopft. An Reinhard Eyer vom *Spektrum* ergeht die Drohung: *«Sägen Sie nicht den Ast ab, auf dem Sie sitzen.»* Während der «Volksfreund» um Heinrich Heinzmann als linientreu gelobt wird *(«saubere politisch ideologische Grundhaltung»)*, wird der Walliser Bote hart angegangen. Luzius Theler (lth) etwa benutze *«raffinierte Mittel zur Veränderung der öffentlichen Meinung in Richtung Sozialismus/Kommunismus"*.
Selbst Chefredaktor Alexander Chastonay wird gerügt: *«Er begrüsste es sogar, dass die Sozialisten in Hessen gesiegt haben...»* Es muss also gehandelt werden: *«Der linksunterwanderte Walliser Bote muss gesäubert werden»* und ein *«erster Vorstoss Richtung Presseverein (WB). Frist: 30.4.»* soll unternommen werden.

Zentrale, übernehmen Sie!

Die *Rote Anneliese* publiziert Auszüge aus diesen Geheimprotokollen und zieht damit den Dunkelmännern die Kapuze vom Kopf. Die Fäden ziehen der schwarze Spekulant Josef Stehlin und der gelbe Pinochet-Anhänger Dionys Jossen. In Sowjetmanier werden Zellen gebildet, wie z.B. in Visp: *«Bildung einer Zelle Visp. Mitglieder erhalten Decknamen, Bezeichnung eines Verbindungsmannes zur Zentrale (Peter Muff), Vorschlag für weiteres Mitglied in Visp: Br(igadier) Otto Supersaxo».* Regelmässig kursieren Bulletins mit Informationen über *«subversive Elemente»*. Grundlage für Berufsverbote? Auf der Empfängerliste stehen jedenfalls viele aus dem rechten CVP-Kuchen: *«Geduldet wird dieser Kreis von einem grösseren Kreis von Politikern und Grossverdienern. Auch der schweizerische CVP-Präsident Hans Wyer steht auf der Empfängerliste der hochalpinen Cinceras»*, klagt die RA vom 19. Mai an. Mehr noch: Zu den Empfängern gehören auch drei Verwaltungsräte des Pressevereins, der den Walliser Boten herausgibt. Paul Biderbost, Alfred Escher und Werner Perrig fanden es allerdings nicht nötig, die angeschossenen WB-Redaktoren aus der Feuerlinie zu nehmen, geschweige denn, sie über die geplanten Säuberungsaktionen zu informieren.

«Hautnahe Beschattung von PB»

Feind Nummer eins von Spion und Co. ist allerdings das KO. *«Bis jetzt hat unsere Gesellschaft die Form noch nicht gefunden, wie man auf die Herausforderung des kritischen Oberwallis geantwortet werden kann»*, heisst es in einem ersten anonymen Bulletin vom Oktober 1978. Ein Zweites bringt gar ein Verzeichnis von 54 angeblichen Mitgliedern des KO. Nicht einmal die Hälfte davon sind allerdings wirklich Mitglieder, wie die damalige KO-Zeitung RA weiss. Doch der Hauptfeind ist ausgemacht: *«langfristig: Hautnahe Beschattung von PB».* Stehlins und Jossens Agenten sollten also an Peter Bodenmanns Versen kleben. Nach der Aufdeckung dieses Skandals bekommen viele kalte Füsse. Der Natischer Dionys Jossen poltert im «Volksfreund» nochmals gegen das KO – ohne die Sache zu dementieren. Auch die Sympathisanten im Dunstkreis von Ming, Muff und Zentrale werden nervös. Der Visper Arzt und spätere FDP-Gemeinderat Donat Jäger etwa versucht sich im WB wortreich rauszureden.

Muff, Ming, Zentrale:

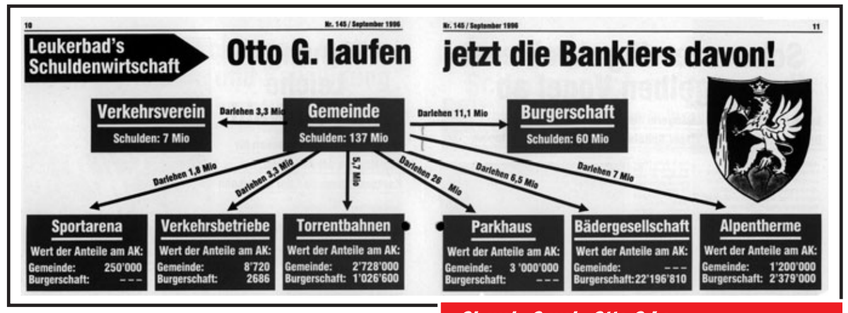
Zeitungen säubern, Linke beschatten.
Und das alles im Namen der katholisch-konservativen Demokratie!

Leukerbad: *Rote Anneliese* warnte bereits 1996:

«Leukerbad ist ein Fall für den Untersuchungsrichter!»

LEUKERBAD – **Bereits im Herbst 1996 macht die Rote Anneliese auf die Finanzschwierigkeiten in Leukerbad aufmerksam. Doch die Behörden stecken ihren Kopf in den Sand. CVP und Walliser Bote halten Otto G. Loretan die Treue. Die RA gibt nicht nach, 1998 platzt die Eiterbeule: Leukerbad sitzt auf Schulden von 361 Millionen Franken, die Gemeinde wird unter Zwangsverwaltung gesteckt. Doch erst sieben Jahren nach der Aufdeckung des Skandals muss der Dorfkönig endlich vor Gericht. (Eine) Walliser Geschichte.**

VON PATRICK ZEHNER



«Oh weh, O weh, Otto G.!»:
Die Rote Anneliese machte schon 1996 auf die Finanzprobleme in Leukerbad aufmerksam.

September 1996:

«Otto G. laufen die Bankiers davon!» titelt die *Rote Anneliese* und macht damit den wohl grössten Walliser Skandal in den Neunzigerjahren publik. Trotz masslosen Investitionen in die Badner Infrastruktur bleiben die Touristen fern. Die Schuldenlast hat sich auf insgesamt 137 Millionen Franken aufgetürmt. Knapp die Hälfte dieser Gelder werden für Darlehen an Schlüssel-Gesellschaften wie die Hotel- und Bädergesellschaft, die Torrentbahnen, die Sportarena, die Parkhaus AG und die St. Laurent Alpentherme aufgewendet. *«Wie schlimm die Situation aber tatsächlich ist, dass lässt sich vorderhand nur erahnen, wahrscheinlich hat nur noch Otto G. Loretan den Überblick»*, kritisiert die RA. *«Und die Einwohner und Hoteliers von Leukerbad werden mit immer höheren Gebühren für Abwasser, Wasser und Strom geschröpft.»* Einziger Nutznießer dieser Situation: Dorfkönig Otto G. Loretan, seit 1995 Nationalrat. *«Diese Klotzerei war vor allem der Karriere des Gemeindepräsidenten förderlich»,* analysiert das Blatt scharf.

Mai 1997:

«Die Taktik, Bevölkerung und Leistungsträger der Gemeinde immer erst im nachhinein zu informieren, hat System», erklärt die Rote Anneliese. Doch jetzt klopft Loretan wenigstens der Walliser Finanzinspektor Christian Melly auf die Finger. Auch das kantonale Finanzinspektorat moniert: *«In Leukerbad stellen wir fest, dass diese bedeutenden Darlehen an Gesellschaften, gewährt hat, ohne dass die Urversammlung sich zu diesem Darlehen geäussert hat...»* Loretan und Konsorten haben zudem systematisch Darlehen, die nicht genügend sichergestellt sind und ein Prozent der Bruttoeinnahmen des letzten Verwaltungsjahres übersteigen, am Staatsrat vorbeigeschmuggelt.

April 1998:

«Leukerbads Bonität wird kaum höher eingestuft als diejenige Nigerias», warnt die RA. Im April 1998 gibt Loretan halbwegs zu, dass die Situation dramatisch und prekär ist. Die Gläubigerbanken treten mit Zinsforderungen um die 10 Prozent auf. Die Verhandlungen können nur auf einen massiven Schuldenerlass der Banken hinauslaufen, *«...diesbezüglich wird die unglaubliche Zahl von 100 Millionen herumgeboten.»* Bisher spielte die Gemeinde Feuerwehr. Sie stopfte die Löcher der Gesellschaften. Damit ist jetzt Schluss. Entsprechende Signale sendet Loretan aus, als er bei einer Schweizer Versicherungsgesellschaft vergeblich um Schuldenerlass nachgesucht.

Juni 1998:

«Die Sanierungs-Weichen in Leukerbad sind so gestellt, dass die Gemeinde und die Burgergemeinde an die Kasse kommen werden», wirft die RA ein neues Problem auf. Leukerbad ist nicht nur pleite, sondern mega-pleite. Der Schuldenberg beträgt 346 Millionen. Die Station muss tiefgreifend saniert werden. Doch die Sanierung läuft in die völlig falsche Richtung. Zuerst sollen jene Kredite bereinigt werden, welche direkt an die serbelnden Gesellschaften ausbezahlt wurden. Burgerschaft und Gemeinde bleiben vorläufig auf ihren Schulden sitzen. *«Es sieht also ganz danach aus, als wollten Otto G. Loretan und Peter Furger den Banken Geschenke in Millionenhöhe machen...»*
In ihrer Juni-Nummer erklärt die *Rote Anneliese* auch das System Leukerbad: Nachdem die Gesellschaften bis unters Dach verschuldet waren, wurden einfach Gemeinde und Burgergemeinde als Kreditvermittlerin dazwischen geschoben. Damit wollten sich einzelne Finanzgläubiger eine Art Staatsgarantie verschaffen. Die RA macht den Hauptverantwortlichen für den finanziellen Schlammassel aus: Otto. G. Loretan. Als Gemeindepräsident, Burgerpräsident und Verwaltungsratspräsident zahlreicher Gesellschaften laufen bei ihm alle Fäden zusammen.

November 1998:

«CVP-Nationalrat Otto. G. Loretan hat mit seiner Schuldenwirtschaft den gesamten Kanton geschädigt. Wer solchen Schaden anrichtet, hat in einem Parlament nichts mehr zu suchen.» Die Rote Anneliese macht jetzt Dampf. Obwohl Hinweise vorliegen, dass nicht alles mit rechtlich einwandfreien Dingen zuging, bleibt Otto G. auf freien Füssen. Ein Skandal!

Januar 1999:

«Ein unheimlicher CVP-Filz aus Kantonsbehörden und Gemeindebehörden haben Otto G. Loretan den Aufstieg ermöglicht. Bereits 1993 lagen alle Karten auf dem Tisch. Niemand hat reagiert...» Das (vorläufige) Ende des Dorfkönigs: Untersuchungsrichter Ferdinand Schaller sperrt Otto G. Loretan anfangs Januar 1999 wegen Verdunklungsgefahr ein. Dies, nachdem die RA bereits ein Jahres zuvor gefragt hatte: *«Warum wird Schaller in Leukerbad nicht tätig?»*

Lonza-Ebner macht die Fliege

Kassiert er 800 000 Franken?

VISP – **Finanzguru Martin Ebner ist pleite. Letztes Jahr brach sein Spekulationsimperium zusammen. Daraufhin setzte er sich auch aus dem Verwaltungsrat der Lonza ab und machte die Fliege. Die Befürchtung: Rahmt Ebner nun nochmals 800'000 Franken von der Lonza ab?**

VON PATRICK ZEHNER

Ganz unscheinbar steht es im Geschäftsbericht 2002 der Lonza geschrieben: *«Die höchste Gesamtentschädigung für ein Mitglied des Verwaltungsrates, das seine Funktion in 2002 aufgegeben hat, belief sich auf CHF 800 000.– vollumfänglich zugeteilt in Form von Optionen der Lonza Group AG.»* Gegangen ist im letzten Jahr nur einer: Martin Ebner. Kassiert der Finanzguru nach seinen 400 000 Franken 2001 zum Abgang nun nochmals 800 000 Franken?

Optionen geben ihren Inhabern das Recht, innerhalb eines festgelegten Zeitraumes ein bestimmtes Wertpapier zu einem im vorhinein festgelegten Preis zu kaufen. *«Die Optionen sind während drei Jahren gesperrt und können danach während einer Optionsfrist von zwei Jahren ausgeübt werden. Nach Ablauf der Optionsfrist verfallen die Optionen entschädigungslos»*, heisst es im Geschäftsbericht. Im Klartext: Bis 2005 darf Ebner seine Lonza-Optionen an der Börse nicht loswerden. Entwickelt sich die Lonza prächtig, und kommt während der Optionsfrist über dem Ausübungspreis von Fraken 113.– zu stehen, räumt Ebner Fr. 800 000 ab. Ohne an der Entwicklung der Lonza mitgearbeitet zu haben!

Ebner haut ab: *Nach seinem abrupten Abgang aus dem Lonza-Verwaltungsrat hofft Ebner auf 800 000 Franken.*

Atomenergie-Gesetz: Kalte Entmachtung des Volkes!

Dank Cina-Ja: Bald Atommüll in Ausserberg?

BERN – **Eigentlich wollten Bundesrat und Nationalrat auch weiterhin die Mitsprache der Kantone beim Bau eines Atommülllagers garantieren. Eigentlich! Denn nach dem Wellenberg-Nein der Nidwaldner lobbyiert die Atom-Lobby gewaltig, viele bürgerliche Räte fallen in der Zweitberatung um. Die Mitsprache der Kantone wird aus dem Atomenergiegesetz gestrichen. Bei den Entmachtern mit dabei: Jean-Michel Cina! Sollte in Zukunft ein Atomlager im Wallis geplant werden, hätte der Kanton nichts mehr zu sagen...**

VON PATRICK ZEHNER

Nach jahrelangem, hartem Kampf gegen die Nationale Genossenschaft für die Entsorgung radioaktiver Abfälle (Nagra) haben die NidwaldnerInnen am 22. September 2002 endgültig das Dossier «Atommülllager Wellenberg» geschlossen. Gute Voraussetzungen also für die Behandlung des Neuen Atomergiegesetzes: Obwohl der Ständerat bereits vorher die Mitbestimmung der Kantone aus dem Gesetzesentwurf gekippt haben, folgt der Nationalrat dem Vorschlag des Bundesrates. Die Mitsprache der Kantone bleibt gesichert. Alle Oberwalliser Nationalräte stehen dahinter.

«Ich gehöre nicht zur Atomlobby!»

In der Differenzbereinigung ändert sich allerdings das Bild: Unter dem Druck der Atomlobby schwenkt die CVP anfangs März um: Kantone und Bevölkerung werden eiskalt entmachtet. Als einziger der Oberwalliser Parlamentarier stimmt CVP-Fraktionschef Cina dem Atomenergiegesetz in der Schlussabstimmung zu. Mariétan und Chevrier enthalten sich, nur Antille ist auf Cinas Linie! *«Ich gehöre nicht zur Atomlobby!»*, wehrte sich Cina am «Strom ohne Atom»-Podium in Brig. Tatsache ist: Cinas Ja zum Atomergiegesetz beraubt Kantone und Bevölkerung einer aktiven Mitsprache. *«Es gibt immer noch das fakultative Referendum»*, meint Cina. Doch: In den Schubladen der (Nagra) liegt die «Liste der 100 Standorte», darunter 10 aus dem Wallis: Ausserberg, Blatten, Chamoson, Eggerberg, Ferden, Granges, Kippel, Lens, Mund und Savièse. Sollte das neue Atomlager dereinst etwa in Ausserberg geplant werden, die Walliser könnten dann die 50 000 Unterschriften sammeln. Entschieden würde dann in Zürich, Bern, Genf. Auch dank dem Salgescher!

Strahlemann Cina und sein Ja zum Atomenergiegesetz: *Ohne Mitsprache der Kantone wird jetzt am Atomlager-Glücksrad gedreht!*

Informationsgesetz:

«Ein Defizit bei der Kommunikation ist offensichtlich»

SITTEN/WALLIS – **«Ich weiss nicht, ob ich Ihnen Auskunft geben kann...»: Wer in Sitten nach Informationen sucht, wird des öfteren von einer Stelle zur anderen verwiesen. Informationen fliessen oft erst nach etlichen Rückfragen. Auch wer Einblick in amtliche Akten verlangt, steht lange vor geschlossenen Schubladen. Handlungsbedarf ist also da! In der Mai-Session des Grossen Rates steht nun endlich ein Informationsgesetz zur Debatte. Das muss drinstehen, sonst wird das Gesetz ein Papiertiger.**

VON PATRICK ZEHNER

«Ein gewisses Defizit bei der Kommunikation ist offensichtlich», rügte im letzten Mai die kantonale Justizkommission und forderte: *«Das Verhältnis zur Presse müsste verbessert und das Informationsgesetz in Angriff genommen werden.»* Doch schlechte Kommunikation ist nicht nur bei den Gerichten auszumachen. Wer nämlich bei der kantonalen Verwaltung Informationen sucht, braucht einen langen Atem und einen billigen Telefonanbieter. Wer sogar Einblick in amtliche Akten verlangt, schreibt sich wunde Finger. Beispiele gibt es genug, man denke nur an die staatsrätliche Überrumpelungstaktik in der A9-Diskussion. SP-Grossrätin Susanne Hugo-Lötscher reichte deshalb im Sptember 2002 einen Vorstoss ein, der *«den Grundsatz der Transparenz, das Recht auf Information und auf Einsicht in Akten»*, verankern will, *«ohne dass ein besonderes Interesse nachgewiesen werden muss.»* Der Grosse Rat hat dem Vorstoss erstaunlicherweise zugestimmt. Ein solches Gesetz wurde bereits in den Regierungsrichtlinien in Aussicht gestellt. Jetzt muss es griffig formuliert werden!

1. Recht auf Zugang

Jede Person hat das Recht, amtliche Dokumente einzusehen, ohne dass sie ein besonderes Interesse nachweisen muss. Dieser Zugang gilt für alle Behörden des Kantons und der Gemeinden (Grundbuchämter, Steuerregister, öffentliche oder private Unternehmen, die mit öffentlichen Aufgaben betraut sind etc). Ausnahmen (wie etwa Persönlichkeitsrechte, Datenschutz) sind gesetzlich genau zu bestimmen. Die Verwaltung muss jeweils im Einzelfall begründen, weshalb sie den Einblick verweigert. Das Gesuch um Einblick in Dossiers für die Bevölkerung muss speditiv behandelt werden: Innert 20 Tagen hat eine behördliche Stellungnahme vorzuliegen.

2. Schaffung einer Schlichtungsstelle

Bei einem Streitfall muss eine Schlichtungsstelle eingeschaltet werden können, bevor die Verwaltung eine Verfügung erlässt. Letztere sollte man bei einer Rekurskommission und schliesslich vor dem Kantonsgericht anfechten können. Diese Verfahren müssen kostenlos sein, analog der vorgeschlagenen Bestimmungen beim eidgenössischen Öffentlichkeitsgesetz.

3. Benennung von Informationsstellen

Jede kantonale Stelle hat einen Informationsbeauftragten zu bestimmen (beim Kantonsgericht etwa ein dazu bestimmter Gerichtsschreiber). Die Behörden unterstützen nach Möglichkeit alle Abklärungen der Medienschaffenden und behandeln alle Medien gleich.

4. Transparenz der Justiz

Die Walliser Justiz braucht dringend mehr Transparenz. Alle Zivil- und Strafgerichte müssen deshalb über eine Informationsstelle verfügen. Denn: Was in Bern möglich ist, ist auch im Wallis zu verwirklichen. Medienschaffende sollten analog wie in Freiburg am Kantonsgericht akkreditiert werden, die Urteilserwägungen schriftlich und der Bedeutung des Falles angemessen verfasst werden.

So informieren andere Kantone

Der Kanton Wallis wäre nicht der erste Kanton, der Transparenz in seine Verwaltung bringt seinen BürgerInnen einen Zugang zu Informationen garantiert.

BERN kennt das Öffentlichkeitsprinzip seit 1995. Die Behörden sind gehalten, *«nach Möglichkeit Abklärungen der Medienschaffenden zu unterstützen.»* Auf Anfrage kann jede(r) Einsicht in amtliche Akten und Auskünfte über die Tätigkeit der kantonalen Verwaltung verlangen. Die Behörde kann die Einsicht verweigern, wenn *«überwiegende öffentliche und private Interessen entgegenstehen»*. Gegen diesen Entscheid kann rekuriert werden.

GENF hat seinen BürgerInnen im März 2002 das Recht auf Information zugestanden. Jede(r) hat das Recht, Einblick in amtliche Dokumente zu verlangen, seien es Dokumente der Exekutive, Legislative, Verwaltung oder Justiz.

Auch im Kanton JURA gibt es seit Ende 2002 ein gesetzliches Recht auf Information und Zugang.

Auf BUNDESEBENE gelangt das Öffentlichkeitsgesetz in den nächsten Monaten in die Beratung.

«Vertraulich» und von Transparenz keine Spur: *Das Wallis braucht ein griffiges Informationsgesetz.*

Abstimmungen vom 18. Mai:

Rote Anneliese empfiehlt: Achtmal Ja, einmal Nein!

WALLIS/SCHWEIZ – **Ganze neun Vorlagen stehen am 18. Mai 2003 zur Abstimmung. Mit dieser überfüllten Ladung will der Bundesrat offenbar die sozialen Veränderungen kippen, die zur Debatte stehen. Die Rote Anneliese zeigt, wie das Wallis am besten fährt.**

VON PATRICK ZEHNER

Strom ohne Atom:

JA

Die «Strom ohne Atom»-Initiative will bis 2014 alle Schweizer AKW abschalten und die unsinnige Wiederaufbereitung von abgebrannten Brennelementen stoppen. Die Alternativen zur Atomenergie sind vorhanden: Eine rationellere Nutzung der Elektrizität, effizientere elektrische Geräte, Forcierung erneuerbarer Energien. Die Initiative liegt im ureigensten Interesse des Wallis: Alle oben skizzierten Massnahmen verschaffen dem regionalen Gewerbe in den Bergkantonen über Jahrzehnte ein stetiges Auftragsvolumen. Zudem: Ein Ausstieg macht Schluss mit der Quersubventionierung des Atomstroms durch die Wasserkraft. Europa steigt aus der unrentablen und unsicheren Atomenergie aus. Kommt am 18. Mai die Schweiz dazu?

Moratorium Plus:

JA

1990 entschied sich das Schweizer Volk für einen zehnjährigen Baustopp für Atomkraftwerke. Dies soll um weitere 10 Jahre verlängert werden. Ausserdem verbietet die Initiative die gefährliche Leistungserhöhung der schon jetzt überalterten Reaktoren, die endlich auch nach klaren Kriterien regelmässig auf Alterung und Sicherheit überprüft werden sollen. Beide Initiativen schützen übrigens das demokratische Mitentscheidungsrecht der Standortkantone, die das Atomgesetz kalt abgeschafft hat. Damit es nicht bald heisst: Wir verbuddeln den Atommüll jetzt in Ausserberg...

Gesundheitsinitiative:

JA

Die Krankenkassenprämien steigen und steigen, jährlich um circa 10 Prozent. Langsam aber sicher werden die Prämien sogar für den Mittelstand zu einem existenziellen Problem. Dem schafft die Gesundheitsinitiative Abhilfe: Neu soll die Grundversicherung zu drei Viertel über einkommens- und vermögensabhängige Prämien gedeckt werden. Profitieren werden davon nahezu 80 Prozent der Bevölkerung mit bis zu 6000 Franken tieferen Jahresprämien. Als einziges Land in Europa kennt die Schweiz das unsoziale System der Kopfprämien. Ein Sonderfall mehr, den es abzuschaffen gilt. Damit Gesundheit bezahlbar bleibt!

Lehrstelleninitiative:

JA

School´s out – und Du stehst auf der Strasse. Ein Schicksal, dass immer mehr SchulabgängerInnen erreicht. Denn: Nur 17 Prozent der Schweizer Betriebe bilden heute noch Lehrlinge aus. Im Wallis ist die Lehrstellensituation weniger prekär. Doch auch hier gilt: Immer mehr Walliser Lehrlinge werden von auswärtigen Betrieben nach der Lehre abgeworben, die keine Lehrlinge ausbilden. Die Initiative will dem entgegenwirken: Mit der Schaffung eines Berufsbildungsfonds werden alle Betriebe in die Ausbildung mit einbezogen. Wer nicht ausbildet, zahlt. Damit werden Trittbrettfahrer endlich bestraft!

Mieterinitiative:

JA

Weniger Willkür bei den Mieten: Die Initiative bringt bei sinkenden Hypozinsen auch sinkende Mietzinse, schiebt der aufblühenden Spekulation einen wirksamen Riegel vor und verbessert den Mieterschutz. Neu sind Kündigungen ohne wirkliche Gründe nicht mehr möglich. Das Wallis ist ein Kanton der Wohneigentümer. Und dennoch...

Behindertenintiative:

JA

Gleiche Rechte für Behinderte! In der Schweiz besteht immer noch ein grosser Nachholbedarf an behindertengerechten Bauten. Die Initiative soll den Behörden Dampf machen, wo wirtschaftlich zumutbar bauliche Veränderungen vorzunehmen. So können auch Behinderte ungehindert am öffentlichen Leben teilnehmen. Eine Kostenlawine ist nicht absehbar. Dafür notwendige Impulse fürs Baugeschäft.

Sonntagsinitiative:

JA

Vier autofreie Sonntage pro Jahr, versuchsweise während vier Jahren. Die Sonntagsinitiative schafft Lebensqualität. Und fördert den öffentlichen Verkehr. Was in den Siebzigerjahren dank Ölschock gelang, sollte heute auch ohne Zwang funktionieren.

Armee XXI:

NEIN

Nach der Armee 95 ein weiterer Armeereform-Flop: Zu gross, zu teuer, ohne Rücksicht auf sicherheitspolitische Realitäten. Europa bastelt an einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die Schweiz wird bald von NATO-Staaten umgeben sein. Doch die Schweiz will an der Gesamtverteidigung festhalten. Was für ein Unsinn!

Bevölkerungsschutz XXI:

JA

Ein entschlackter Bevölkerungsdienst, der auf das Wesentliche ausgerichtet ist. Die verstärkte Konzentration auf die Bewältigung von Naturkatastrophen und Notlagen wird der gegenwärtigen Bedrohungslage gerecht – und dies erst recht mit einem reduzierten Bestand von 105000 Personen. Die Regionalisierung bietet ausserdem Gewähr für die effiziente Bewältigung dieser Notlagen.

Zwei Jahre nach der Inflation:

Argentinien – ein Land am Boden

BUENOS AIRES – **Argentinien: Das Land ist bekannt für seine Barbecues und die Kulturweltstadt Buenos Aires. Doch Argentinien steckt nach wie vor in einer schweren Krise. Tag ein, Tag aus finden Demonstrationen statt. Die Portenos, die Bewohner von Buenos Aires, gehen auf die Strasse und kämpfen für ihre Rechte. Sie kämpfen um das Geld, um welches sie von den Banken beraubt wurden und gegen die korrupte Regierung. Die Atmosphäre in Buenos Aires ist brenzliger als je zuvor. Verursacht hat das ganze Caudillo Carlos Menem. Der kehrt jetzt wieder auf die politische Bühne zurück.**

VON MARTINA SCHILD

Es ist Freitagnacht in Buenos Aires. Im Künstlerviertel San Telmo wird ein Fest veranstaltet zu Gunsten einer Gruppe Frauen, welche eine Textilfabrik besetzt halten. Der Chef der Fabrik ist zu Beginn der Landeskrise mit allem Geld auf und davon. Die Arbeiterinnen wurden im Stich gelassen, ohne dass nur eine davon ihren Lohn erhalten hätte. Seit diesem Zeitpunkt halten die Frauen die Fabrik besetzt. Sie arbeiten auf eigene Faust weiter, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Schon mehrmals hat die Polizei versucht, die Fabrik zu räumen, doch dank der Zusammenarbeit der Frauen mit anderen Protestorganisationen, den sogenannten Piqueteros, bisher ohne Erfolg. Dies ist kein trauriger Einzelfall im krisengeschüttelten südamerikanischen Land.

Täglich Demonstrationen

Seit Beginn der Inflation vor zwei Jahren finden in Buenos Aires täglich Demonstrationen statt, jeden Donnerstag versammelt sich eine Gruppe älterer Frauen und Männer, um mit Hämmern gegen die mit Metallplatten verschlossenen Banken zu schlagen. Den Gefühlen wird Ausdruck gegeben, die Leute kämpfen um ihre Rechte. Viele Leute wurden entlassen, da staatliche Fabriken privatisiert wurden. Die neuen Eigentümer haben die Fabriken ins Ausland verschoben, um damit die Produktionskosten zu senken. Zudem wurden viele Leute entlassen, da sie auf Demonstrationen gesehen wurden oder sich öffentlich gegen die Regierung und deren Korruption geäussert haben. Die Polizei lässt dem Treiben mehr oder weniger freien Lauf, da die Regierung fürchtet, durch Verbote und Einschränkungen noch grössere Tumulte und Aufstände zu provozieren.

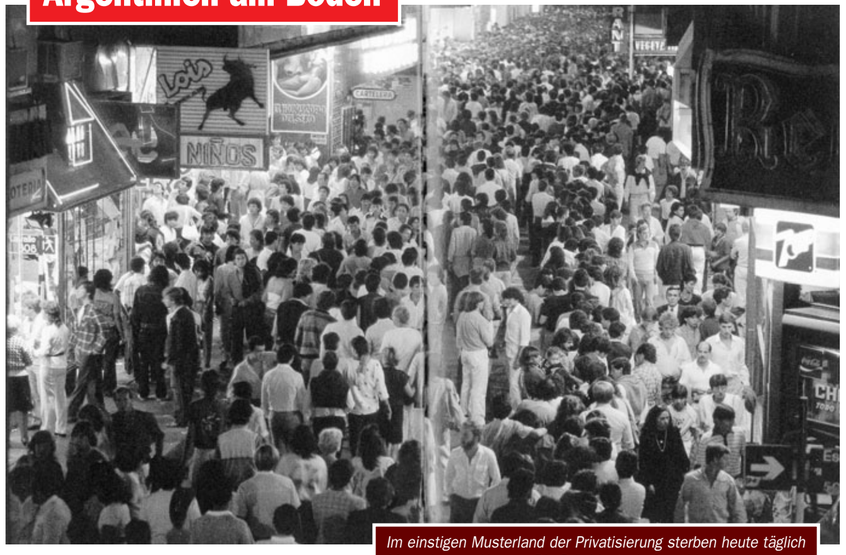
Glauben an Regierung verloren

Am 18. Mai wird ein neuer Präsident gewählt. Wie in anderen südamerikanischen Ländern hat auch die argentinische Bevölkerung den Glauben an die Regierung und ihren Präsidenten verloren. Die Armut in den Städten und auch auf dem Land nimmt immer mehr zu. Es geht so weit, dass im Norden Argentiniens Leute auf der Strasse verhungern. Laut Zahlen der Internationalen Entwicklungsbank leben 60% der Menschen in Argentinien von weniger als zwei Dollar am Tag. 40% von weniger als einem Dollar. Die Armutsdefinition der Bank schliesst daraus, dass damit fast zwei Drittel der Argentinier in Armut leben, mehr als ein Drittel davon in absoluter Armut.

Ex-Präsident Carlos Menem hingegen festet weiter, sei es mit dem nordamerikanischen Botschafter James Wash oder Rodolfo Ceretti von Ford. Menem hat allen Grund dazu. Am 27. April 2003 erhielt der Caudillo am meisten Stimmen. Dies obwohl die Mehrheit der ArgentinierInnen den «Türken» nicht mehr haben will. Doch Menem, der das ganze Chaos zu verantworten hat, lässt sich bereits als wiedergewählten Präsidenten feiern.

Nicht weit davon entfernt nimmt die Solidaritätsveranstaltung zu Gunsten der Fabrikarbeiterinnen ein Ende. Das Leben muss weiter gehen. Argentiniens Wirtschaft soll wieder aufblühen, so wie die Hoffnung der streikenden Bevölkerung.

Argentinien am Boden



Im einstigen Musterland der Privatisierung sterben heute täglich Menschen an Hunger. Die Präsidentschaftswahlen werden dem gebeutelten Land nicht auf die Beine helfen.

Angela Davis
Die schwarze Frau mit der Afro-Mähne

Wenn wir zurückblicken waren auf den Plakaten der weltweiten politischen Bewegung der sechziger Jahre Köpfe von Männern wie Che Guevara, Salvador Allende und Mao Tse Tung zu sehen. Eine Ausnahme war der Kopf einer schwarzen Frau mit grosser Afro-Mähne, eine Frau, die «Black ist beautiful» weltweit bekannt machte: Angela Davis.

VON HILAR EGGEL

Angela Davis ist eine engagierte Bürgerrechtlerin und Anwältin für politische Gefangene.

Angela Yvonne Davis wurde am 26. Januar 1944 in Birmingham, Alabama, in den Vereinigten Staaten von Amerika geboren. Ihr Vater Frank B. Davis war Lehrer, ihre Mutter Sally E. Davis Lehrerin. Zu der Zeit, als Angela Davis geboren wurde, machte Amerika Schlagzeilen mit Rassismus und der Verfolgung schwarzer Bürgerinnen und Bürger.

Während ihrer Studienzeit reiste Angela Davis zuerst nach Deutschland, wo sie von 1960 bis 1962 an der Frankfurter Universität bei Professor Theodor Adorno (gestorben in Visp) studierte, der die berühmte «Frankfurter Schule» gegründet hatte. In den folgenden zwei Jahren besuchte sie die Universität von Paris, dann kehrte sie in die USA zurück, trat der Kommunistischen Partei bei und schrieb sich an der Brandeis University, in Waltham, Massachusetts ein. Nach Abschluss ihrer Studien wurde sie Dozentin an der Universität von California in Los Angeles.

Berufsverbot und Anklage

Wegen ihres politischen Engagements für die schwarze Bevölkerung veranlasste die Regierung der Vereinigten Staaten, sie besonders intensiv zu überwachen. Als Dozentin wurde sie an der Universität von California in Los Angelos entlassen – aus politischen Gründen.

Im Jahr 1970 wurde Angela Davis als dritte Frau in der Geschichte auf die Liste der «most wanted criminals», der meistgesuchten Personen des FBI gesetzt. Was war geschehen? Das FBI verdächtigte Angela Davis mit fadenscheinigen Beweisen, bei der Planung der Befreiung des Bürgerrechtlers George Jackson aus dem Gefängnis mitgewirkt zu haben. Bei der Schiesserei wurde ein Gefängniswärter erschossen. Angela Davis war nicht anwesend.

Unschuldig im Gefängnis

Nachdem ein Haftbefehl gegen sie ausgestellt worden war, ging sie in den Untergrund. Nach abenteuerlicher Flucht wurde sie schliesslich in einem Hotel im New Yorker Stadtteil Greenwich Village gefasst und formell des Mordes und der Entführung angeklagt, obwohl sie bei der Schiesserei nicht anwesend war. Angela Davis misstraute der amerikanischen Justiz. Sie wollte keinen staatlichen Verteidiger, sie verteidigte sich selbst vor den eigenmächtigen Gerichten. Auch für dieses Recht auf Selbstverteidigung musste sie kämpfen.

Sechzehn Monate verbrachte sie hinter Gitter. Am 4. Juni 1972 wurde die afroamerikanische Bürgerrechtlerin und Philosophiedozentin von der Anklage wegen Mordes an einem weissen Gefängnisaufseher freigesprochen. Die Vorwürfe gegen sie wurden in allen Anklagepunkten fallen gelassen. Eine weltweite Solidaritätsbewegung «Free Angela Davis» hatte dem Fall internationale Bekanntheit gegeben und sie zu einem Symbol für den Widerstand der Schwarzen in allen Ländern der Erde gemacht.

Der industrielle Gefängniskomplex

Angela Davis hat sich nach ihrer Freilassung zu einer Anwältin für die politischen Gefangenen gemacht. In Amerika sind die Gefängnisse zum grössten Teil privatisiert. Der Trend zur Gefängnisindustrie ist zu einem lukrativen Geschäft geworden und wirft grosse Gewinne ab. Angela Davis betont immer wieder, dass zurzeit fast zwei Millionen Menschen in dem riesigen Netzwerk der US-Gefängnisse eingesperrt sind. Mehr als siebzig Prozent der Inhaftierten sind Afro- oder LatinoamerikanerInnen. Es wird selten zur Kenntnis genommen, dass die am schnellsten wachsende Gefangenengruppe schwarze Frauen sind und daß prozentual zum Bevölkerungsanteil die indigenen AmerikanerInnen die größte Gruppe stellen. Annähernd fünf Millionen Menschen, einschließlich derjenigen auf Bewährung oder im Freigang, unterstehen direkt der Aufsicht des Justizwesens.

Das Gefängnis ist mittlerweile zu einer der ersten Antwort auf die sozialen Probleme geworden, die die Menschen in Armut bedrücken. Diese Probleme werden häufig verschleiert, indem sie bequemerweise unter der Überschrift «Kriminalität» zusammengefasst und kriminelles Verhalten dann automatisch Afro- und LatinoamerikanerInnen zugeordnet wird. Angela Davis schreibt: «Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Drogenabhängigkeit, Geisteskrankheiten und Analphabetismus sind nur einige der Probleme, die aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwinden, sobald die Menschen, die mit ihnen konfrontiert sind, hinter Gittern verschwinden. So gesehen haben Gefängnisse geradezu magische Kräfte. Aber Gefängnisse lassen nicht Probleme verschwinden, sie lassen Menschen verschwinden. Und tatsächlich ist diese Praxis ein großes Geschäft geworden.» Entkleidet man aber «die Gefängnislösung ihrer magischen Aura, kommen Rassismus, Klassenvorurteile und die parasitäre Abschöpfung kapitalistischer Profite zum Vorschein.»

Engagierte Bürgerrechtlerin

Angela Davis ist Bürgerrechtlerin, Professorin und Schriftstellerin. Sie tritt ein für die Einhaltung der Menschenrechte und die Rechte politischer Gefangenen. Sie ist eine der herausragenden Persönlichkeiten der internationalen Frauen- und Friedensbewegung. Ihr Hauptengagement gilt den Menschenrechten in den privatisierten amerikanischen Gefängnissen. Gefragt, woher sie die Energie nimmt, sich gegen die Ungerechtigkeit zur Wehr zu setzen, erklärte sie: «Als ich im Gefängnis war, erfuhr ich, wie gewaltig die Bewegung war...Wenn sie nicht so gearbeitet hätten, wäre ich heute noch im Gefängnis.» Wenn man als schwarze Frau eingekerkert wird und dem Tod ins Gesicht schaut, weiss man, was Solidarität heisst.

Literatur:

- Angela Davis hat 1981 das Buch «Women, Race and Class» veröffentlicht, das ein Klassiker des Feminismus wurde.
- Ihre Reden in den Jahren 1983 bis 1987 erschienen 1989 im Buch «Women, Culture and Politics".
- 1998 hat sie ein Buch über das musikalische Erbe des Blues unter dem Titel «Gertrude 'Ma' Rainey, Bessie Smith and Billie Holiday» geschrieben.

Der nichtgewählte Präsident

Ein Freund und aufmerksamer Leser der Roten Anneliese hat mir vor einigen Wochen geschrieben, dass mir im Kommentar zum Artikel über Noam Chomsky «Die Todesmaschine wird geölt» eine entscheidende Fehlinterpretation unterlaufen sei. Ich schrieb von einem «knapp» gewählten Präsidenten Georg W. Bush.

Natürlich ist diese Einschätzung falsch. Denn der nun amtierende Präsident Georg W. Bush ist nicht nur «knapp», sondern gar nicht mit einer Mehrheit gewählt worden. Michael Moore hat im Buch «Stupid white man» diese Feststellung eindrücklich dokumentiert. Auch im sehenswerten Film «Bowling for Columbine» setzt er sich mit der gesellschaftlichen und politischen Situation in Amerika auseinander.

Der nicht-gewählte Präsident hat kurzfristig im Irak eine Schlacht gewonnen. Ohne Zweifel. Aber wird er auch den Krieg gewinnen? Ich zweifle, dass man mit Bomben und Raketen Demokratie und Freiheit im Nahen Osten vermitteln kann.

Was hat dies alles mit Angela Davis zu tun? Sie war überzeugt, dass man Freiheit und Demokratie zuerst im eigenen Land durchsetzen sollte. Schwarze Bürgerinnen und Bürger erleben wie sie diskriminiert werden. Angela Davis sass sechzehn Monate unschuldig im Gefängnis. Ohne Beweise wurde sie beschuldigt, einen Mord an einem Gefängniswärter verübt zu haben.

Woher nimmt Sie die Kraft für eine freiere amerikanische Gesellschaft zu kämpfen? «Ich möchte aus der Perspektive einer schwarzen Frau sprechen, die wie, manchmal gesagt wird, im Bauch des Monsters lebt. In den Vereinigten Staaten leben wir in einer Gesellschaft, in der der Rassismus ungeahnte Leiden für die indianische Bevölkerung, Schwarze, Asiaten, Chicanos, Puertorikaner bedeutet.»

Nun höre ich schon Stimmen, die mir Anti-Amerikanismus vorwerfen. Stimmt nicht. Denn ich weiss sehr wohl zu unterscheiden zwischen einer Bush-Administration und aufrechten Amerikanerinnen und Amerikaner, die sich für Freiheit und Demokratie einsetzen. Unter vielen Frauen ist Angela Davis ein Beispiel, unter vielen Männern Michael Moore, dem dieses Jahr der Oscar für den besten Dokumentarfilm zugesprochen wurde.

Hilar Eggel

Wohin frau/man geht

Alpeninitiative Wanderprogramm 2003

5. Juli bis 12. Juli 2003
Cottische Alpen (Valle Maira)
Genussvolle Frühsommer-Wanderung durch einsame Täler im südwestlichen Piemont. Einzigartige Blumenpracht und Kochkünste
mit Rita Huwiler und Ingrid Supersaxo

12. Juli bis 19. Juli
Bärenpfade im Trentino
Vom letzten Refugium des Braunbären in den Alpen durch den Naturpark Brenta-Adamello zu den Felszeichnungen im Val Camonica
mit Tony Schmid und Reinhard Jossen

19. Juli bis 26. Juli (ausgebucht)
Zwischen Tauern und Tagliamento
Hohe Tauern, der grösste Nationalpark, und Tagliamento, der wildeste Fluss der Alpen. Eine Wanderung vom Alpenhauptkamm Richtung Meer *mit Rita Huwiler und Andreas Weissen*

23. August bis 31. August (ausgebucht)
Von den Alpen zum Meer
Prähistorische Felszeichnungen im Nationalpark Mercantour in den Seealpen, Agrotourismus vom Feinsten in den Ligurischen Alpen. Und: die Riviera mit *Andreas Weissen und Doris Zurwerra*

23. August bis 30. August
Tessiner Täler
Von unserer Unterkunft in Cavigliano aus erwandern wir täglich, auf wenig begangenen Wegen, das Centovalli und den vorderen Teil des Onsernonetales. *mit Kurt Singer*

14./15. Juni
Le Pas de Cheville et Derborence
mit Serge Picker

21./22. Juni
De Ovronnaz à Branson par le Col de Fenestral *mit Serge Picker*

28./29. Juni
De Grimentz à Vercorin par le Vallon de Réchy *mit Serge Picker*

12./13. Juli
Vom Gasterntal ins Lötschental
mit Laurent Kanert

15./16. Juli
Les Cornettes de Bise
mit Jean-François Burri

8. - 10. August
Rohrbachstein - Gletscherseeli - Fluehseeli - Rezlialp
mit Gustav Tribolet

15.-17. August
Grenzschlängeln Ossola Oberwallis
mit Rita Huwiler und Anita Salzmann

30./31. August
Modellregion Göschenen
mit Max Keller

11.-14. September
Binntal-Devero-Alpe Veglia
mit Paul Ruppen

Infos unter: www.alpeninitiative.ch

Umwelt-Agenda

Sonntag, 18. Mai, 8.00 Uhr Bürchen Weiler Zenhäusern
Ornithologische Exkursion
Halbtägige Exkursion / *Exkursionsleiter NVO*

Donnerstag, 22. Mai 19.00 Uhr, Bahnhofbuffet Brig
Vortrag: «Medikamente, Umweltschadstoffe, Drogen – warum der Körper nicht zur Abfalldeponie wird» *von Prof. Dr. Heidi Wunderli*

Samstag, 24. Mai, 07.30 Uhr Bahnhof Leuk
Halbtägige, botanisch-zoologische Exkursion Brentjong - Feschelbach - Turtmann *mit Peter Keusch*

Samstag, 31. Mai, 08.30 Uhr Infostand der A9 in Gamsen
Halbtägige Exkursion zu den Ersatzmassnahmen der A9 zwischen Visp und Brig *Leitung: Arnold Steiner*

Sonntag, 1. Juni, 09.00 Uhr Bahnhof Leuk
Exkursion: «Tagfalter der Walliser Trockenhänge» *Leiter: Ralph Imstepf*

Donnerstag 5. Juni, 19.00 Uhr Haltestelle Biela (Ried-Brig)
Botanischer Abendspaziergang auf der Achera Biela *Leiter: Peter Imhof*

Donnerstag, 12. Juni, 19.00 Uhr Bahnhofbuffet Brig
Vortrag: «Neue Forschungsarbeiten der UNI Bern im Pfynwald»
von Franziska Witschi

Sonntag, 15. Juni 07.30 Uhr, Bahnhof Reckingen
Vogelexkursion Goms. Halbtägige Exkursion *Stani Zurbriggen*

Nähere Informationen & Anmeldung:
Oberwalliser Umweltsekretariat
Tel. 027 923 61 62

Tünelkultur Rest. Simplon Naters

Jeden Dienstag, 19.00 bis 23.00 Uhr
JAM SESSION

Freitag, 9. Mai, 21.00 Uhr
Gruppe 6
Crossoverjazz

Freitag, 7. Juni, 21.00 Uhr
Lesbischwulenparty & DJ Surprise

Infos unter: www.tunelkultur.ch

Samstag, 17. Mai, 20.30 Uhr
Connie Stadler & Friends
Konzert

Samstag, 31. Mai, 20.30 Uhr
Der Alchimist
mit dem Theater 58

Die Rote Anneliese wird 30 Jahre alt!

GRUND GENUG ZUM FEIERN!

Redaktion und Verlag laden zum RA-Fest ein:

19. September 2003

Einzelheiten in der nächsten RA.

Die Rote Anneliese zeigt, wer wirklich dahintersteckt!

☐ **Ich bestelle die «RA»**
☐ **Ich verschenke die «RA» (Rechnung an mich)**
☐ **Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis (Fr. 20.–)**

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Geschenk-Abo an:

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Ausschneiden und senden an: Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig; Fax 027 923 69 71

Zi-Täter

«Auch wir Männer müssen unseren Frauen das Vertrauen aussprechen!»
Das Rezept von WB-Chefredaktor Pius Rieder gegen den voraussichtlich sinkenden Frauenanteil im nationalen Wahlherbst

Rote Anneliese: ***Die CVPO mit der Logik der Betroffenen: Jean-Michel Cina und die CVP setzen in Bern den Sparhobel an. Dies betrifft die Randregion Wallis mit jedem Hobelzug ein bisschen mehr. Und die CVPO kann sich mal für mal betroffen zeigen...***

«Unser Staat hat Fett angesetzt!»
Nationalratskandidat Thomas Gsponer im RZ-Interview

Rote Anneliese: ***Deshalb brauchen wir auch bei den Gelben einen Xenical-Politiker in Bern. Der Randregion Wallis zuliebe!***

«Viele Veranstaltungen wären in Randregionen nicht durchführbar, ältere Leute könnten nicht zur Messe, und viele Hotelgäste könnten nicht an- und abreisen.»
Rolf Escher, VR-Vize der Matterhorn-Gotthard-Bahn an der Pressekonferenz gegen die Sonntagsinitiative

Rote Anneliese: ***Wir bitten deshalb alle Reisenden Richtung Zermatt bereits in Brig oder Visp aufs Auto umzusteigen.***

«Es wird klargestellt, dass eine offizielle Bewilligung weder beim Departement, noch bei den betroffenen Schuldirektionen, noch bei der Kantonspolizei beantragt wurde, was die Bürgerpflicht für die Durchführung einer solchen Veranstaltung verlangt.»
Staatsrat Claude Roch zur Antikriegsdemo in Brig und Sitten

Rote Anneliese: ***Hätten sie doch bloss eine Pro-Krieg-Demo gemacht... Bush hätte die SchülerInnen sicher noch vor Tony Blair vom Kriegsbeginn informiert. Den Nerven von Claude Roch zuliebe!***

Anti-Kriegs-Demo in Brig.

- SchülerInnen demonstrieren
- Institut und Departement in Panik

Claude Roch mit Golfkriegstrauma?

«Zustimmung der Eltern einholen!»: Claude Rochs Rückfall in die frühelterliche Periode. Die SchülerInnen kümmert´s wenig, sie demonstrieren trotzdem gegen Bushs Präventivkrieg.

SITTEN/BRIG – **Die ganze Welt demonstriert gegen den völkerrechtswidrigen Angriff der Bush-Krieger auf den Irak. Die ganze Welt? Ein kleiner Schulkanton im Süden der Schweiz leistet hartnäckigen Widerstand. Schüler werden «eingesperrt», die Polizei jagt Kreidezeichner und der zuständige Departements-Chef rechnet mit dem Schlimmsten. Impressionen einer Anti-Kriegs-Demo.**

VON PATRICK ZEHNER

Donnerstag, 20. März, morgens um halb sechs Uhr MEZ. Im Irak fallen die ersten Bomben. Der Überfall der Bush-Krieger wird blutige Realität. Die Welt ist entsetzt, in Australien werden die ersten Demonstrationen abgehalten. Keine zwei Stunden später klebt eine Handvoll Demonstranten am Briger Kollegium Plakate, verteilt Flyer, informiert die MitschülerInnen. Die spontane Kundgebung soll in der dritten Unterrichtsstunde stattfinden. Doch plötzlich taucht Rektor Peter Arnold auf. Die Schulleitung stellt sich nicht hinter die Kundgebung. Wer dennoch teilnimmt, erhält eine Absenz. *«Rektor Arnold hat vergleichsweise easy reagiert»*, meint Demonstrant Dominik.

«Zustimmung der Eltern»

Die Demonstration der Jugendlichen wird allerdings nicht überall gern gesehen. Nach einer Demonstration am Dienstag in Sitten etwa hatte Staatsrat Claude Roch kritisiert: *«Das DEKS musste zur Kenntnis nehmen, dass Schülerinnen und Schüler sich am Dienstag in Sitten zu einer Demonstration zusammengefunden haben, um Ihrer Opposition gegen den Krieg Ausdruck zu geben.»* Die Bürgerpflicht verlange, dass für solche Demonstrationen eine Bewilligung eingeholt werde. Roch weist die kantonalen Schulen an: *«Vorgängig ist die Zustimmung der Eltern einzuholen. Eine Abweichung zu dieser Regel wird nicht akzeptiert.»* Diese Anweisungen werden an der Oberwalliser Mittelschule St. Ursula ernst genommen. OMS-Direktor Franz Tajana patrouilliert durch die Gänge. Ein Teilnahme der InstitutsschülerInnen an der unbewilligten Demonstration wird nicht akzeptiert. Die Briger Stadtpolizei ihrerseits jagt Kreidezeichner. Urs wird von den Polizisten für die zahlreichen Kreideparolen in der Briger Innenstadt verantwortlich gemacht. *«Ich als angeblicher Rädelsführer sollte die Reinigung der Innenstadt übernehmen»*, erklärt Urs der *Roten Anneliese*. *«In Sitten hat sich die Polizei noch darüber gefreut, dass wir Kreide benutzt haben...»*

Der heitere Schluss

Wahlkampf-Lexikon, heute mit Jean-Michel C und Rolf E: Man nutze jede Gelegenheit, in irgendeine Kamera zu grinsen. Auch wenn nur eine Delegation der Aargauer Polizeikomission im Wallis ist!

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig · Nr. 177 / Mai 2003
Bitte Adressänderungen melden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis